



Desinformation und das Ende der Wahrheit?

Ein umfassender Blick auf Desinformation –
Neue Ansätze der Kollaboration.

Was in dieser Publikation drinsteckt

Desinformation an sich ist kein neues Phänomen, doch wird sie durch technologische Strukturen und Innovationen versierter und gleichzeitig schneller und passgenauer weiterverbreitet. Dadurch werden der gesellschaftliche Zusammenhalt und damit letztlich unsere demokratischen Strukturen gefährdet. Um dem entgegenzuwirken, ist es notwendig, multiperspektivisch auf Desinformation zu schauen.

Wir betrachten die unterschiedlichen Phasen von Desinformation in Form einer Wertschöpfungskette. Zugleich präsentieren wir diese im Kontext großer gesellschaftlicher Entwicklungslinien, Makro- und Meso-Trends, die das Fundament von Desinformation bilden.

Auf der Basis von fast 30 Gesprächen mit Expert*innen aus unterschiedlichen Disziplinen, präsentieren wir eine ganze Bandbreite von strategischen Ansätzen gegen Desinformation. Wir plädieren für einen ganzheitlichen Ansatz, der die verschiedensten Perspektiven zusammenbringt und neue Kooperationsmöglichkeiten eröffnet. Um die Zusammenarbeit zu fördern und damit die Wirksamkeit zu erhöhen, könnte eine sektorübergreifende Allianz gebildet werden. In unseren Handlungsempfehlungen schlagen wir eine verbesserte Informationsökologie, gestärkte Regulierung und koordiniertes Handeln vor.

Inhaltsverzeichnis Desinfo

Was in dieser Publikation drinsteckt	2
Über das Projekt	5
Desinformation besser verstehen, um sie wirksam zu bekämpfen	6
Ansätze gegen Desinformation	15
Desinformation aus verschiedenen Perspektiven	17
1. Die Rolle der Plattformen und neue technische Ansätze	17
2. Die Rolle von Nachrichten- und Methodenkompetenz	21
3. Die Rolle von Regulierung und regulatorischen Vorgaben	23
4. Die Rolle von Fact-Checking	27
5. Ein Blick aus der systemischen Perspektive	30
6. Ein Blick aus der psychodynamischen Perspektive	32
Mehr Komplexität begegnen durch mehr Kollaboration	35
Handlungsempfehlungen	36
Handlungsfeld 1: Informationsökologie verbessern	36
Handlungsfeld 2: Regulierung stärken	38
Handlungsfeld 3: Handeln koordinieren	39
Die befragten Expert*innen	40

Desinformation gefährdet unsere Demokratie

Wenn wir über Digitalisierung sprechen, gilt es all ihre Potentiale aufzulisten, die unsere Welt – und die Demokratie im Besonderen – zu einem besseren Ort machen können: freies Wissen, mehr Beteiligung, mehr Transparenz. Doch schon lange reicht diese positive Sicht nicht mehr aus, sie wirkt nahezu naiv. Schauen wir in die digitale Welt, sehen wir auch kontextentfremdetes Wissen, Zugangshürden und eine Unfähigkeit, die Flut an Informationen sinnvoll zu verarbeiten.

Digitalisierung unentwegt zu loben oder zu verteufeln, hilft uns in der Frage nach der Gestaltung einer digitalen Gesellschaft nicht weiter. Vielmehr sind es die Politik und die Wirtschaft der letzten Jahrzehnte, die sowohl materiell zu einer größeren **Spaltung der Gesellschaft** beigetragen, als auch unseren Gemeinsinn untergraben haben. Die entstandene Polarisierung und Fragmentierung finden Ausdruck und werden verstärkt durch große soziale Netzwerke, die die fortschreitende Spaltung als Kollateralschaden ihres Handelns in Kauf nehmen. Die Machtkonzentration in Technologieunternehmen ist so immens, dass sie demokratische Strukturen außer Kraft setzt und politische Instanzen mit der Regulierung nicht hinterherkommen. In seinem neuesten Buch beschreibt

Azeem Azhar¹ dies als „exponentielle Kluft“, die sich zwischen Technologie und öffentlich-politischen Raum stets vergrößert. Schon der Soziobiologe Edward Wilson konstatierte: „Der Mensch hat steinzeitliche Gefühle, mittelalterliche Institutionen und eine gottgleiche Technik.“²

Das Problem der Desinformation hat bereits Eingang in die öffentliche Debatte gefunden. Nicht, weil sie ein neues Phänomen ist. Doch im digitalen Raum wird sie immer bedrohlicher und allgegenwärtiger: **Technologische Strukturen** sind zumeist so gebaut, dass intransparente Algorithmen Inhalte personalisiert ausspielen und Meinungen sich somit gegenseitig in so genannten Echokammern verstärken. **Technologische Innovationen** wie Deep Fakes sorgen unter dem Einsatz von GAN-Technologie (Generative Adversarial Networks, künstliche Intelligenzen, die sich gegenseitig trainieren) dafür, dass man die Echtheit von Videos kaum mehr überprüfen kann; durch GPT-3 (Generative Pre-trained Transformer 3, ein autoregressives Sprachmodell) können Texte in hoher Qualität schon jetzt automatisiert erstellt werden. Zusätzlich zur Flut an Fake Accounts in sozialen Netzwerken werden wir künftig noch mit einer anderen Dimension von automatisierten Inhalten konfrontiert werden.

Während bei synthetisch hergestellten Inhalten und bewusst gestreuter Desinformation eine (politische) Motivation der Menschen, die dahinter stehen, zu erwarten ist, werden besonders die Graustufen interessant, in denen kein Richtig und kein Falsch auszumachen ist. Schließlich ist die Frage nach Wahrheit nie eindimensional. Auch **Desinformation als Frage von wahr und unwahr zu behandeln, greift zu kurz**. Zwar gibt es einen Bereich, in dem Lügen ganz klar als solche entlarvt werden können (z.B. die Teilnehmendenzahl bei einer politischen Demonstration). Jedoch bewegen sich einige Themen unschärfer zwischen Wahrheit und Fiktion und sind je nach ideologischer Brille dem einen oder anderen Ende des Spektrums zuzuordnen. Die Subjektivität von Wirklichkeit – also die Annahme, dass Wirklichkeit von Individuen durch ihre subjektive Wahrnehmung erst konstruiert wird und nicht objektiv (unabhängig) von der Subjektivität existiert – fand schon in den konstruktivistischen Strömungen des 20. Jahrhunderts ihren Ausdruck. Sollten wir uns also damit begnügen, dass alle Wahrheit subjektiv ist? Jein. Eine Demokratie lebt von produktivem Dissens.

1 Vgl. Azeem Azhar: Exponential (2021): How Accelerating Technology Is Leaving Us Behind and What to Do About It. Random House Business.

2 Vgl. Spiegel-Artikel aus 2013: "Wir sind ein Schlamassel".

“Wichtig in einer Demokratie sind die gemeinsame Suche nach sinnvollen Perspektiven auf gesellschaftliche Wirklichkeit und der respektvolle Umgang mit Unterschiedlichkeit.”

Gibt es keine geteilte Wahrheit – oder auch kein Bestreben danach – bleiben einander ausschließende Positionen nebeneinander stehen, Dialog wird unmöglich. Doch: „Die Idee objektiver Wahrheit ist für liberale Demokratien eine notwendige Fiktion.“, so Alexander Bogner.³ Gleichzeitig bereitet ein absoluter Wahrheitsbegriff den Weg für Dogmatismus, Autoritarismus und

Intoleranz. Wichtig in einer Demokratie sind die gemeinsame Suche nach sinnvollen Perspektiven auf gesellschaftliche Wirklichkeit und der respektvolle Umgang mit Unterschiedlichkeit. Dies sollte in einer hyperkomplexen Welt, in der eine Krise die nächste jagt, wieder ins Zentrum unserer demokratischen Bemühungen rücken. Und diese Frage wird sich nicht löschen, wegregulieren oder in das eine oder andere ideologische Lager verbannen lassen. Sie ist Aushandlungsprozess einer ganzen Gesellschaft, gar Weltgesellschaft.

Über das Projekt

Im betterplace lab / Das NETTZ beschäftigen wir uns mit der Gestaltung von Gesellschaft in einer digitalen Welt. Für uns ist dies vor allem eine Frage der Kollaboration. So haben sich im betterplace co:lab verschiedene Akteur*innen zusammengefunden – begleitet durch ein Qualifizierungsprogramm und eine Organisationsentwicklerin – um gemeinsam der Frage nachzugehen, wie Zusammenarbeit im komplexen Themenfeld Desinformation aussehen kann: Joana Breidenbach und Katja Jäger (betterplace lab), Anja Zimmer (Medienexpertin und Direktorin der Medienanstalt Berlin-Brandenburg a.D.), Valerie Scholz (Facts for Friends), Aline Mörrath und Isabel Reda (spreu X weizen), Patrick Müller und Kristin Marosi (codetekt) und Anna Wohlfarth (Stiftung Neue Verantwortung).

Im Rahmen des Projekts „Kompetenznetzwerk gegen Hass im Netz“ haben wir – aufbauend auf der Arbeit von legacies.now – eine Art Karte des „Feldes Desinformation“ weiterentwickelt, um systemische Faktoren ergänzt und dieses Wissen durch Stakeholder-Interviews aus verschiedenen Expertise-Gebieten angereichert. Die Ergebnisse finden sich in der [interaktiven Karte](#) online und in den folgenden Kapiteln.

Desinformation besser verstehen, um sie wirksam zu bekämpfen

Was verstehen wir unter Desinformation?

Eine **Definition von Desinformation** ist nicht einfach. In Politik und Wissenschaft gibt es unterschiedliche Deutungen. Mit Desinformation⁴ meinen wir:

Mit Desinformation sind nachweislich falsche oder irreführende Informationen gemeint, die mit dem Ziel des wirtschaftlichen Gewinns oder der vorsätzlichen Täuschung der Öffentlichkeit konzipiert, vorgelegt und verbreitet werden und öffentlichen Schaden anrichten können. Unter „öffentlichem Schaden“ sind Bedrohungen für die demokratischen politischen Prozesse und die politische Entscheidungsfindung sowie für öffentliche Güter wie den Schutz der Gesundheit der Bürger*innen, der Umwelt und der Sicherheit zu verstehen.

Irrtümer bei der Berichterstattung, Satire und Parodien oder eindeutig als parteilich gekennzeichnete Nachrichten oder Kommentare sind keine Desinformation im engeren Sinn (im Englischen hat sich dafür der Begriff „misinformation“ etabliert).

Doch auch wenn für die Beurteilung der Frage, ob z. B. Sanktionen notwendig sind, in der Regel das Kriterium der Absicht entscheidend ist: Natürlich können auch von der unabsichtlichen oder unwissentlichen Verbreitung falscher bzw. fehlerhafter Informationen Gefahren ausgehen. Zudem wird die Absicht nicht immer nachweisbar sein. Daher tauchen in unserer Wertschöpfungskette auch beispielhafte Akteur*innen und Methoden auf, die für ein unabsichtliches oder unwissentliches Vorgehen stehen.

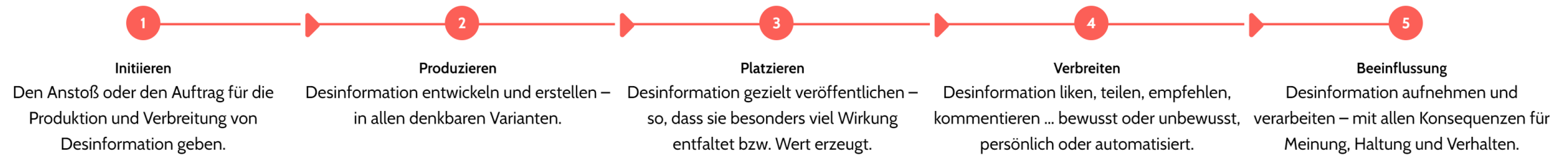
Das **Differenzieren unterschiedlicher Ebenen** hilft, Desinformation besser zu verstehen, um das Problem bearbeitbar zu machen: Desinformation in ihrer Entstehungs- und Verbreitungsweise und Desinformation im Kontext der Welt.

Desinformation vollzieht eine prozesshafte Entwicklung, sie gleicht einem Herstellungsprozess, bei dem Gewinne an Einfluss, Macht, Status und Geld erzielt werden. Für Akteur*innen entsteht durch Desinformation Wert, weshalb wir von einer **Wertschöpfungskette**⁵ sprechen. Diese „Wertschöpfungskette“ kann in fünf aufeinanderfolgende Phasen eingeteilt werden.

**Abbildung
auf den
nachfolgenden
Seiten**

⁴ In Anlehnung an die [Mitteilung der Europäischen Kommission](#) vom 26.04.2018 (COM (2018) 236 final).

⁵ Die Wertschöpfungskette in ursprünglicher Form wurde von der Philanthropieberatung legacies.now entwickelt (vgl. S. 55/56 des [now.Magazins](#); dort findet sich auch ein lesenswerter Hintergrundartikel zum Thema).



Wer

Wer macht's? Akteur*innen sind je nach Phase z. B. Staaten, Verbände, Medien, Big-Tech-Plattformen, Einzelpersonen.

Staaten	Troll-Fabriken	Beratungsfirmen/ Agenturen	Geschlossene Plattformen	A (Qualitative) Verstärkung Gruppen/Bubbles „News-Seiten“ Blogs/Podcasts Einzelkämpfer*innen	Medien
Parteien	Content-Provider	Expert*innen/ Berater*innen	Offene Plattformen		(Fach-)Diskurse
Medien	Offizielle Vertreter*innen	Selbstorganisierte Bewegungen			Meinungen
Interessen-/ Lobbyverbände	Blogs/Podcasts				
Ideolog*innen	Einzelkämpfer*innen			B (Quantitative) Vervielfältigung Automatisiert: Bots Manuell: Menschen Einzelkämpfer*innen	
Einzelkämpfer*innen					

WIE

Wie wird's gemacht? Methoden sind die Mittel und Werkzeuge, die je nach Phase zum Einsatz kommen:
darunter z. B. Dekontextualisierung, Micro-Targeting oder Algorithmen.

Langfristig strategisch planen	Mit Satire/Parodie irritieren	Marktforschung	Geschlossene Plattformen	Keine Kosten	Eigene Anhänger*innen bestärken
(Wirtschaftlichen) Druck ausüben/ spüren	Ungenau/falsch betiteln, bebildern, beschriften	Suchmaschinenoptimierung (SEO)		Hohe Performance	Neutrales, noch unentschlossenes Lager überzeugen
Leidenschaftlich missionieren	Eine Information auf irreführende Weise nutzen („Framing“)	Geo-Targeting		Beliebte Funktionen	Entgegengesetztes Lager verunsichern, provozieren, polarisieren
Provozieren	Echte Inhalte in einen falschen Kontext setzen	Micro-Targeting		Suchterzeugung	Entgegengesetzte Lager gegeneinander aufhetzen
	Sich für eine andere, authentische Quelle ausgeben	Campaigning	Offene Plattformen	Keine Kosten	
	Inhalte gezielt manipulieren			Wettbewerb um Status/Beliebtheit	
	Inhalte komplett erfinden			Wettbewerb um Aufmerksamkeit	
				Bestätigende & radikalisierende Algorithmen/KI	
				Suchterzeugung	

Beim **Initiieren** wird also mit einer bestimmten Absicht der Anstoß dafür gegeben, dass Falschinformationen produziert und verbreitet werden. **Produziert** werden sie oftmals durch das Erstellen falscher oder irreführender Inhalte, entweder basierend auf wahren Inhalten (z.B. indem der Kontext bewusst verändert oder entfernt wird, Inhalte rekombiniert oder falsche Quellenangaben verwendet werden) oder sie werden gänzlich frei erfunden. **Platzieren** meint, dass Inhalte gezielt dort veröffentlicht werden, wo sie von möglichst vielen anderen Nutzer*innen weiterverbreitet werden – mit möglichst großer Wirkung. Dies kann einmalig oder wiederholt als Teil einer Strategie erfolgen. Beim **Verbreiten** werden Inhalte – auf offenen wie geschlossenen Plattformen – geteilt, weitergeleitet, vervielfältigt und kommentiert. Auch das kann strategisch sein, erfolgt aber manchmal ohne böse Absicht durch unwissende Nutzer*innen – oder automatisiert. **Beeinflusst werden** bedeutet, dass Rezipient*innen die Inhalte aufnehmen und auf dieser Grundlage eine Meinung bilden, ihre Haltung oder das eigene Verhalten ändern.

Desinformation im Kontext von Makro- und Meso-Trends

Doch Desinformation entsteht nicht im luftleeren Raum. Ein so **komplexes Phänomen wie die Verbreitung von Desinformation kann nicht isoliert verstanden werden**, selbst wenn wir es als eine ineinander verzahnte Wertschöpfungskette beschreiben. Denn Informationsflüsse sind integraler Bestandteil viel größerer, langfristiger gesellschaftlicher Entwicklungen. Desinformation ist Ausdruck und Symptom komplexer Spaltungen und vielschichtiger Machtbeziehungen, die unsere heutige Realität formen. Wenn wir Desinformation tiefer verstehen und wirksame Strategien dagegen entwickeln wollen, müssen wir diese größeren, die Welt spaltenden Entwicklungsdynamiken mit einbeziehen.

Im Folgenden beschreiben wir diese **größeren fragmentierenden Entwicklungslinien als Trends**. Trends sind in diesem Fall keine Zeitgeist-Phänomene, sondern Muster, die unsere Welt über einen längeren Zeitraum beeinflussen und einen breiten Geltungsbereich haben. Die **Grunddynamik**, auf die wir hinweisen, ist die **Fragmentierung der Welt in verschiedenste soziale Gruppierungen** mit jeweils unterschiedlichen subjektiven Weltsichten und Werten, Verhaltensmustern und Lebensformen. Die von uns ausgewählten Trends waren und sind Treiber konkreter Spaltungen. Sie formen sowohl die äußeren Strukturen der Welt, z.B. in Form von Institutionen und Gesetzen. Sie formen zugleich aber auch unser inneres Erleben von Realität, z.B. die Filter, mit denen wir die Welt interpretieren, sowie unsere moralischen und ethischen Maximen. Auf dieser inneren Erlebnisebene führen Spaltungen dazu, dass Menschen sich nicht als Mitglied einer zwar diversen, aber dennoch miteinander verbundenen Menschheit erfahren. Stattdessen nehmen sie sich als Protagonist*innen einer spezifischen Gruppe von Menschen wahr, die anderen Gruppen oft unverbunden oder gar feindselig gegenüber stehen. Im Zuge dieser Gruppen- und Identitätsbildung exkludieren Menschen breite Aspekte der Realität und lernen, sie als fremd und oftmals minderwertig abzulehnen. Spielarten des „Tribalismus“ gab es schon immer (man könnte womöglich von einer anthropologischen Grundkonstante sprechen): Viehzüchter*innen gegen Ackerbauer*innen; Griech*innen gegen Barbar*innen; Gläubige gegen Nicht-Gläubige. Jüngere Beispiele sind *weiße* gegen Schwarze, Kommunist*innen gegen Kapitalist*innen, links gegen rechts, aber auch Anhänger*innen der evidenzbasierten Medizin gegen Naturheilkundler*innen.

“Die Grunddynamik, auf die wir hinweisen, ist die Fragmentierung der Welt in verschiedenste soziale Gruppierungen mit jeweils unterschiedlichen subjektiven Weltsichten und Werten, Verhaltensmustern und Lebensformen.”

Fragmentierte Realitäten sind ein fruchtbarer Nährboden für Desinformation. In unserem Verständnis ist Desinformation sowohl Ausdruck als auch Ursache größerer gesellschaftlicher, epistemischer und ideologischer Spaltungen. Sie entsteht entlang der Bruchlinien und verstärkt diese nochmals. Unsere ohnehin eingeschränkte Kapazität, mit der zeitgenössischen Komplexität umzugehen und adäquate Lösungen für große Herausforderungen wie Klimakrise und Überwachungskapitalismus zu entwickeln, wird durch die Polarisierung im Zuge technisch verstärkter Desinformation verringert.

Wir beschreiben die Fragmentierungstendenzen auf zwei verschiedenen Ebenen, als Makro- und Meso-Trends:



Mit **Makro- und Meso-Trends** beschreiben wir Muster, die unsere Welt über einen langen Zeitpunkt beeinflussen und einen breiten Geltungsbereich haben. **Makro-Trends** meinen die großen Entwicklungslinien unsere Gesellschaft, die sie als Ganze prägen und zur Spaltung beitragen. **Meso-Trends** sind Ausprägungen davon mit konkretem Bezug zu Desinformation.

Exemplarisch wollen wir folgende Makro-Trends in den Blick nehmen:

Makro-Trends (exemplarisch)

1. Ausdifferenzierung der Lebenswelten

Lebenswelten haben sich im Zuge von Industrialisierung, Individualisierung, aber auch Globalisierung und Digitalisierung stark ausdifferenziert. Diese Entwicklung bringt es mit sich, dass Menschen immer weniger vorgeprägten Lebenswegen und Weltbildern folgen, sondern mit einer großen Vielfalt von Optionen und Werten konfrontiert sind. Sie können und müssen viel mehr selbstverantwortliche Entscheidungen treffen, statt sich von etablierten Autoritäten und Gatekeeper*innen lenken zu lassen. Zudem gewinnen durch digitale Technologien gerade bislang marginalisierte Gruppen neue Stimmen. Diese Entwicklung führt dazu, dass immer mehr Perspektiven und Werte nebeneinander existieren und um Gültigkeit ringen. Viele Antworten auf Fragen sind dementsprechend nicht „richtig“ oder „falsch“, sondern kontextabhängig.

2. Kollektives Trauma als Folge von historischen Umbrüchen

Die zeitgenössische Traumaforschung belegt, wie kollektive Katastrophen, von Kriegen über Völkermorde bis zur Entwertungserfahrung ganzer Gruppen (z.B. im Zuge der Wiedervereinigung Deutschlands) zur psychischen Überforderung von Menschen beigetragen haben. Individuen, unfähig, überwältigende Ereignisse adäquat zu verarbeiten, mussten ganze Teile ihrer emotionalen Realität abspalten, um im Alltag weiter zu funktionieren. Diese unbewussten, sozusagen „gefrorenen“ Aspekte stehen ihnen jetzt nicht mehr zur Verfügung, um dem Leben dynamisch zu begegnen. Die Sicht auf und das Erleben von Wirklichkeit erscheint dementsprechend teilweise verzerrt.

3. Spaltung in Folge von Geopolitik/ Rassismus/ Diskriminierung

Epochale geopolitische Entwicklungen, wie Imperialismus, Kolonialismus, der Kalte Krieg, aber auch die zeitgenössische Konkurrenz zwischen Staaten und Regionen wie China, Russland, USA und Europa führen zu einer Vielzahl von materiellen Verteilungskämpfen und ideologischen Spaltungen. In diesem Zuge formen sie auch die Innenwelten ihrer Bürger*innen in Form von Ideologien wie Rassismus oder Eurozentrismus.

4. Vertrauenskrise in repräsentative Institutionen

Weltweit sind wir mit einem schwindenden Vertrauen in repräsentative gesellschaftliche und politische Institutionen konfrontiert. Die Gründe dafür sind vielfältig. Mit dazu beigetragen haben u.a. in den USA und Westeuropa das zunehmende Primat des Kapitals und marktwirtschaftlicher Dynamiken seit den 1980ern, in Folge derer soziale und demokratische Strukturen ausgehöhlt wurden. Im Zuge des exponentiellen Wachstums digitaler Technologien erleben wir zudem eine immer größer werdende Kluft zwischen sich rasant verändernden Lebensbereichen (Kommunikation, Produktion, Überwachung etc.) und sich nur langsam weiterentwickelnden Staats- und Verwaltungsstrukturen. Ohne adäquates Update verlieren Letztere an Vertrauen und Wirksamkeit.

5. Ideologie der Meritokratie

Meritokratie, d.h. die Überzeugung, dass jeder Mensch durch seine eigene Leistung seinen ihm gebührenden Platz in der Gesellschaft einnehmen kann, avancierte im späten 20. und frühen 21. Jahrhundert zu einem Leitbild. Der meritokratische Diskurs wertet viele nicht-akademische Lebensstile und Berufsgruppen ab. In der Folge fühlen sich breite Bevölkerungsgruppen nicht mehr von Eliten repräsentiert. Sie zeigen ihren Widerstand und ihr Mißtrauen gegen etablierte Informationsmedien und Machtstrukturen, indem sie alternativen Akteur*innen Vertrauen schenken.

6. Plattformisierung

Im Zuge der Plattformisierung unserer Wirtschaft entstehen machtvoll neue Akteur*innen, die nicht mehr selbst Güter und Dienstleistungen produzieren, sondern die Infrastruktur für Vernetzung von Produzent*innen und Konsument*innen anbieten. Dabei schöpfen Technologieunternehmen die persönlichen Daten von Nutzer*innen ab, um daraus Verhaltensvorhersagen zu generieren und mit diesen Geld zu verdienen. Mit Hilfe von Algorithmen, die auf immer extremere oder sensationellere Inhalte verweisen, versuchen fast alle großen Social Media Plattformen ihre Nutzer*innen möglichst lange auf der Plattform zu halten.

7. Aufmerksamkeitsökonomie/ Informationsflut

Jede Bürger*in ist mit einer riesigen Informationsschwemme konfrontiert: mit Nachrichten, die sich zum Teil widersprechen, deren Halbwertszeit immer geringer und deren Spezialisierungsgrad ständig größer wird. Nachdem es immer weniger etablierte Gatekeeper*innen (in Form von Journalist*innen oder vertrauten Autoritäten) gibt, spüren Individuen den Druck, sich selbst zu positionieren. Seit dem Web 2.0. ist jede und jeder Einzelne zudem nicht nur Konsument*in von Information, sondern über Social Media Plattformen auch deren Produzent*in (zusammengefasst im Begriff „Prosumer“).

Meso-Trends (exemplarisch)

1. Wachsende soziale Ungleichheit

Zahlreiche Studien belegen die wachsende soziale Ungleichheit weltweit. Insbesondere seit den 1980er Jahren sind wir mit stagnierenden oder schrumpfenden Mittelschichten, einem neuen Prekariat und wachsenden Einkommensklüften konfrontiert, die viele Menschen unzufrieden machen. Damit sinkt die Selbstachtung, ebenso wie die Toleranz gegenüber Minderheiten, Geflüchteten und Einwanderern, die zu Sündenböcken gemacht werden.

2. Vereinzelung /Re-Kollektivierung

Insbesondere die Industrienationen sind von einer Vereinzelung geradezu epidemischen Ausmaßes konfrontiert. Im Zuge von Individualisierung, erhöhter Mobilität, Veränderung der Familienstrukturen etc. leben immer mehr Menschen alleine und fühlen sich einsam und isoliert. Mentale Gesundheitsprobleme wie Depressionen nehmen zu. Diese Bindungsarmut erhöht unsere Anfälligkeit für neue, teils autoritäre Gemeinschaften, die einfache Antworten auf komplexe Fragen bieten.

3. Psychologische Unsicherheit und Angst vor Veränderungen

Psychologische Unsicherheit hat viele komplexe kollektive und individuelle Gründe. Dazu zählen intergenerationelle Traumatisierungen, z.B. in Folge von Krieg, Völkermord und Flucht, biographische Entwertungserfahrungen, bspw. nach historischen Umbrüchen, aber auch der rapide aktuelle Wandel in der Arbeitswelt, insbesondere durch die Einführung digitaler Technologien. Psychische Verletzungen zeigen sich in Form von Unsicherheit, sowie der Unfähigkeit Spannungen und Widersprüche adäquat zu halten. Menschen haben das Bedürfnis, klar zwischen „richtig“ und „falsch“ zu unterscheiden. Realitäten und Identitäten werden nicht als miteinander verbunden bzw. als unterschiedliche Perspektiven auf gemeinsame Realität gesehen (Multiperspektivität), sondern als sich gegenseitig ausschließende Wahrheiten. Dies hat weitreichende Auswirkungen auf unsere Fähigkeit, zwischen Information und Desinformation zu unterscheiden – und darauf, wie offen wir für Verschwörungserzählungen und Projektionen sind.

4. Fehlende Methodenkompetenz und Misstrauen gegenüber Wissenschaft

Digitale Technologien und die mit ihnen einhergehende Informationsüberflutung erfordern neue Medienkompetenzen von Bürger*innen, die in den wenigsten Schulen oder Elternhäusern vermittelt werden. Zugleich spezialisieren sich die Wissenschaften immer mehr und die Kluft zwischen wissenschaftlichem Elfenbeinturm und Alltagswissen wächst. Westliche Wissenssysteme müssen sich aber auch immer mehr dem Vorwurf stellen, weniger universell als oftmals einseitig (z.B. männlich und eurozentristisch) zu sein. All dies bereitet einen fruchtbaren Boden für Mißtrauen gegenüber etablierten Wissenschaften.

5. Krise des Journalismus

In Folge neuer Geschäftsmodelle und einer Vielzahl neuer Stimmen im digitalen Raum verlieren etablierte Medien zunehmend ihre Rolle als Gatekeeper von Information, aber auch als wirksames Kontrollorgan gegenüber dem Staat. Zudem sehen wir, wie sich Medienhäuser mangels Finanzierung aus ganzen Regionen, z.B. dem ländlichen Raum, aber auch der internationalen Berichterstattung zurückgezogen haben. Damit fehlt es an wirksamen Orientierungskriterien für faktenbasiertes Wissen.

6. Beeinflussung durch algorithmische Entscheidungen

Durch das massenhafte Sammeln und Auswerten von persönlichen Informationen ist es Technologieunternehmen möglich, die Handlungen und Vorlieben einzelner Nutzer*innen zu identifizieren. Gruppen können segmentiert, gezielt angesprochen und entsprechend beeinflusst werden. Dies kann für Produktwerbung, aber auch für politische Botschaften genutzt werden, die so zielgenau verbreitet werden können. Jede*r kann so mit der passenden Botschaft versorgt werden; eine Prüfung – z.B. auf Widersprüche oder andere, ergänzende Perspektiven – ist nur schwer möglich. Dem zugrunde liegt oftmals ein auf Werbung basierendes Geschäftsmodell der großen Plattformen, das von maximierter Aufmerksamkeits-Gewinnung und -Bindung profitiert („Aufmerksamkeitsökonomie“); unterstützt von gezielten Entscheidungen beim Design der Plattformen.

7. Exponentielle Kluft

Während die technologische Entwicklung sich durch drastische Kostensenkungen exponentiell entwickelt und große Bereiche unseres Wirtschaftens und Kommunizierens disruptiv verändert, gelingt es dem öffentlich-politischen und zivilgesellschaftlichen Sektor in keinster Weise Schritt zu halten, um Technologieunternehmen und ihre neuen Machtpositionen zu regulieren. In dieser „exponentiellen Kluft“ (Azeem Azhar) sind die Kosten für Konflikte aufseiten der Verursacher*innen massiv reduziert (negative Externalitäten) und nehmen auf lokaler, nationaler und globaler Ebene zu.

Entlang der exemplarischen Makro- und Meso-Trends wollen wir insbesondere die Bedeutung reflektieren, die sie für die Entstehung und Verbreitung, aber auch die potentielle Bekämpfung von Desinformation haben. Die folgenden Kapitel beleuchten mehrere Perspektiven aus verschiedenen Expertise-Gebieten.

Ansätze gegen Desinformation

Das Phänomen der Desinformation ist vielschichtig. Um sich trotz aller Komplexität bei der Entstehung, Vervielfältigung und Wirkung von Desinformation orientieren zu können, hilft der Blick auf die Wertschöpfungskette. So lassen sich Hebel identifizieren, um konkret gegen Desinformation und für ein aufgeklärtes Miteinander in einer Gesellschaft anzusetzen. Grundsätzlich gibt es verschiedene Methoden oder „Wirkungsmechanismen“, die oftmals von zivilgesellschaftlichen Organisationen eingesetzt werden.

Forschen und entwickeln: Desinformation ist untrennbar mit Demokratie verbunden. Um eine Aussage über die Wirkung von Desinformation und den Zustand der Demokratie treffen zu können, braucht es die wissenschaftliche Forschung und Auseinandersetzung; zum Beispiel können internationale Vergleiche (wie etwa Rankings und Indizes) helfen. Ein Beispiel für diese Form des Engagements gegen Desinformation liefert More in Common, eine in vier Ländern präsente Organisation, die den Zustand der Spaltung der Gesellschaft ermittelt und damit relevante Informationen für Verbesserungsmöglichkeiten von Institutionen und/oder politischen Prozessen zur Verfügung stellt.

Experimentieren und messen: Dass Desinformation unsere Demokratie substanziell bedrohen kann, liegt auch am technologischen Fortschritt, der sich nicht in gleichem Maße im öffentlich-politischen Raum beobachten lässt. Für eine zeitgemäße Ausgestaltung der demokratischen Institutionen und Prozesse sind Innovationen, Tests und Anpassungen dringend erforderlich. Die Zivilgesellschaft hat mit Experimenten dazu, wie ein Demokratie-Update aussehen könnte, bereits begonnen – mit Förderprogrammen für Public Interest Tech wie dem Prototype Fund oder Begegnungsformaten wie den Bürger*innen-Räten von Mehr Demokratie.

Informieren und bilden: Rationales und kritisches Denken sind Voraussetzungen für produktiven Dissens in einer Demokratie. Für eine informierte Meinung braucht es neben entsprechender (Medien-)Kompetenzen auch verlässliche Quellen. Gerade der Aufklärung über Funktionsmechanismen großer Big-Tech-Plattformen kommt im Kontext von Desinformation eine besondere Bedeutung zu. Journalistische Projekte wie Social Media Watchblog berichten kritisch und gehaltvoll über das Geschehen und die Geschäftsmodelle in der digitalen Medienlandschaft und liefern somit Zugang zum Verständnis einer oft komplexen digitalen Welt. Sogenanntes Prebunking, etwa von First Draft mit einem Text-Messaging-Kurs erfolgreich erprobt, klärt über Desinformations-Strategien auf oder zeigt Menschen beispielhaft Falschinformationen, um sie dadurch gegen den echten Fall zu „impfen“.

Aufdecken und verteidigen: Eine perfekte Welt kann auch eine Demokratie nicht herstellen; um Missstände zu beheben, müssen sie (an-)erkannt werden. Dies erfordert oftmals intensive, teils investigative Recherchen und Maßnahmen, um öffentlichen Druck aufzubauen. Bellingcat ist ein internationales Netzwerk, das sich durch investigativen Journalismus mit modernen Mitteln (crowd- und digitalbasiert) an der Aufklärung von Ursachen und Ausgangspunkten von Desinformation beteiligt. Debunking, also das Richtigstellen von Falschinformationen, wird von sog. Fact-Checking-Organisationen wie Correctiv betrieben.

Durchsetzen und klagen: Die Rechtsprechung hat in einer Demokratie eine bewahrende und schützende Funktion. Leider ist ihre Effektivität bezogen auf den digitalen Raum noch sehr ausbaufähig. Es ist daher wichtig, dass Akteur*innen zur Rechtswahrnehmung ermutigt werden, sie ihre Ansprüche geltend machen und befähigt werden, Rechtsmittel einzulegen. Die Organisation HateAid berät und begleitet Einzelpersonen auf dem oft mühsamen Rechtsweg gegen Desinformationskampagnen und/oder Hass im Netz.

Platzieren und antreiben: Regulierungsgesetze sind eins der wichtigsten Instrumente von Regierungen, um die Marktmacht von Unternehmen einzudämmen – in einer plattformisierten Gesellschaft gilt dies insbesondere für Big-Tech-Unternehmen. Weil diese stets versuchen, ihre Interessen mit gewaltigen Ressourcen per Lobbyarbeit durchzusetzen, ist ein (zivil-)gesellschaftliches Gegengewicht bedeutend. Solches wird gestärkt durch die Vernetzung von Expert*innen und Multiplikator*innen und die Stärkung ihres Einflusses in den politischen Schaltzentralen, sowie durch Öffentlichkeitsarbeit, die z. B. über die Einflussnahme von Firmen auf EU-Gesetzgebungsprozesse informiert. Das Corporate Europe Observatory bringt Licht ins Dunkel der Lobby-Vorgänge in Brüssel und beeinflusst dadurch selbst die politische Agenda.

Demonstrieren und aktivieren: So sehr die Verbreitungsmechanismen der digitalen Sphäre die Demokratie vor Herausforderungen stellen, so sehr können sie auch genutzt werden für das Generieren von Aufmerksamkeit und Organisieren von Kampagnen oder friedlichem Protest. Campact mobilisiert die Bevölkerung auch zu Themen rund um ein besseres Internet, bspw. mit Petitionen für den effektiven Kampf gegen Hate Speech.

Die Ansätze beziehen sich auf die Betrachtung von Desinformation als Wertschöpfungskette. Wenn auch die aufgeführten Initiativen beispielhaft sind, so bestehen noch einige Lücken in der Auseinandersetzung mit Desinformation. Zudem gilt es, die Betrachtungsweise von Desinformation um eine Perspektive zu erweitern, die Faktoren mit in den Blick nimmt, die erst ermöglichen, dass Desinformation in einer Gesellschaft auf fruchtbaren Boden fällt. Dieses Zooming-Out, welches Desinformation als Phänomen betrachtet, das in einen größeren Kontext eingebettet ist, versuchen wir mithilfe einiger Meta- und Meso-Trends greifbarer zu machen. In den Interviews haben wir mit Expert*innen unterschiedlicher Disziplinen sowohl über die Wertschöpfungskette, als auch die größeren Entwicklungsdynamiken gesprochen. Die Erkenntnisse beleuchten wir in den folgenden Kapiteln.

Desinformation aus verschiedenen Perspektiven

1. Die Rolle der Plattformen und neue technische Ansätze

Desinformation ist wahrscheinlich so alt wie die Menschheit. Die Lufthoheit über den Stammtischen ist ein gutes Beispiel dafür, wie sehr Menschen es mögen, sich mit Gleichgesinnten zu umgeben und welche Bedeutung der persönliche Austausch für die Meinungsbildung hat. Und was heute oft auf russische Fernsehsender oder „querdenkende“ Telegram-Gruppen zurückgeführt wird, fand und findet sich, vielleicht etwas weniger schrill, auch in Teilen des Boulevards. Festgestellt werden kann auch: Plattformen schaffen keine Desinformation, sie sind hier lediglich ein (unfreiwilliges) Mittel zur Verbreitung. Also kein Grund zur Sorge?

Ganz so einfach ist es nicht. Auch wenn Filterblasen in ihrer Allgemeinheit wissenschaftlich bisher nicht eindeutig bewiesen sind, zeigen Studien, dass insbesondere soziale Netzwerke Polarisierungseffekte haben und so Manipulationsgefahren bestehen können. Das ist sicherlich von vielen Faktoren abhängig und kommt nur unter bestimmten Bedingungen zum Tragen. Ob ein Nährboden für sog. Echokammereffekte besteht, kann z.B. von der Gesamtmediennutzung, der Persönlichkeitsstruktur oder gruppenspezifischen Entwicklungsprozessen abhängen.⁶ Stark spricht dabei von der so genannten „looking-glass perception“, einer Art Spiegel-Wahrnehmung: „Man glaubt, die reale Welt – sprich die tatsächliche Meinungsverteilung – zu sehen. Tatsächlich schaut man aber in einen „Spiegel“ und geht in der Folge unbewusst davon aus, dass die eigene Meinung der gesellschaftlichen Mehrheitsmeinung entspricht.“⁷

Soziale Netze können also dazu beitragen, Menschen stärker und schneller in den Kaninchenbau zu ziehen. Die Rolle von algorithmischer Entscheidungsfindung einerseits und andererseits die Frage, inwieweit technische Entwicklungen gegen Desinformation helfen können, verdient folglich eine nähere Betrachtung. Den sozialen Netzen kommt eine große Bedeutung bei der Bekämpfung von Desinformation zu. Das ist ihnen auch bewusst. Bei der Umsetzung sehen sie sich allerdings mit zwei großen Herausforderungen konfrontiert:

Zum einen ist das die hohe Geschwindigkeit, mit der Desinformation entsteht. Bisher gibt es keine überzeugenden KI-Lösungen, um dagegen effektiv und schnell vorzugehen, insbesondere wenn es dabei nicht zu deutlichem Overblocking kommen soll. Auch wenn Technik einen wichtigen Beitrag leisten kann, wird im Zweifel eine Kombination von Maßnahmen notwendig sein (YouTube).

Zum anderen ist das der fehlende gesellschaftliche Konsens, wie mit Desinformation umgegangen werden soll. Zwar bemängeln viele, dass Plattformen nicht genug tun, gleichzeitig werden aber auch immer wieder Bedenken laut, wenn große Unternehmen solche Entscheidungen treffen sollen. Auch über die Maßstäbe besteht keine Einigkeit. Plattformen werden daher häufig mit nicht miteinander zu vereinbarenden Forderungen konfrontiert (s. dazu Kapitel Regulierung).

“Ganz so einfach ist es nicht. Auch wenn Filterblasen in ihrer Allgemeinheit wissenschaftlich bisher nicht eindeutig bewiesen sind, zeigen Studien, dass insbesondere soziale Netzwerke Polarisierungseffekte haben und so Manipulationsgefahren bestehen können.”

6 Vgl. Stark/Magin/Jürgens (2017): Ganz meine Meinungs? Informationsintermediäre und Meinungsbildung, S. 188 zu Facebook.

7 Vgl. Stark/Magin/Jürgens (2017), ebd, S. 188 mit Verweis auf Wojcieszak/Price 2009.

Umgang mit Desinformation durch soziale Netzwerke

In der Praxis verfolgen soziale Netze sehr unterschiedliche Strategien, wie sie mit Desinformation umgehen. Dies dürfte in den unterschiedlichen Geschäftsmodellen aber auch in der unterschiedlichen Plattformarchitektur begründet liegen. Die von Anbieterseite als wichtig angesehenen Punkte sind dabei sehr konkret.

YouTube

Am weitesten dürfte YouTube gehen. Dort werden vor allem vier Instrumente angewendet.

Entfernen: Inhalte, die gegen die Richtlinien von Google verstoßen, werden entfernt. Gleiches gilt für rechtswidrige Inhalte.

Sichtbar machen: Hochwertige Inhalte und zuverlässige Quellen werden hochgestuft, wo und wenn es darauf ankommt.

Reduzieren: Die Verbreitung von potenziell schädlichen Informationen wird dort, wo Google etwas vorstellt oder empfiehlt, eingeschränkt.

Belohnen: Insbesondere bei Inhalten, die monetarisiert werden, werden hohe Qualitäts- und Zuverlässigkeitsstandards gesetzt.

Laut eigenen Angaben von YouTube werden rund 10 Millionen Videos pro Quartal entfernt. Das reicht aber nicht. Ziel ist es, Videos deren Qualität überzeugt, sichtbar zu machen. Laut einer Untersuchung einiger Medienanstalten ist es YouTube so gelungen, die Verbreitung von Desinformation deutlich zu reduzieren.⁸

Twitter

Twitter verfolgt einen anderen Ansatz. Transparenz gilt als wichtiger Hebel, daher werden sehr viele Informationen mit der Wissenschaft geteilt. Das Ziel ist es außerdem, „die Suche nach glaubwürdigen Informationen auf Twitter zu vereinfachen und die Verbreitung potenziell schädlicher und irreführender Inhalte einzuschränken, um die öffentliche Debatte zu fördern.“ Gegen Desinformation wird vorgegangen, wenn sie gegen die Richtlinien von Twitter verstößt. Richtlinien gibt es allerdings bisher nur in drei Bereichen:

- Covid-19
- Bedrohung der Wahlintegrität
- Falschinformationen über eine Person

In diesen Bereichen werden **Labels und Warnmeldungen** verwendet, die zusätzlichen Kontext und Informationen zu einigen Tweets mit umstrittenen oder irreführenden Inhalten liefern. Je nach Schadensträchtigkeit und Art der irreführenden Informationen können Warnungen einen Tweet auch überdecken. Diese Warnungen informieren die Menschen darüber, dass die Informationen in dem Tweet z. B. im Widerspruch zu den Empfehlungen von Gesundheitsexpert*innen stehen, bevor sie ihn ansehen. Ein Retweet ist dann nicht mehr möglich.

⁸ Vgl. Kantar (2021): [Empfehlungen in Krisenzeiten. Welche Inhalte machen die Empfehlungsalgorithmen von YouTube sichtbar?](#) Studie im Auftrag von verschiedenen Medienanstalten und dem Land Berlin.

Außerdem arbeitet Twitter mit **Partnerorganisationen** zusammen, um Inhalte zu identifizieren, die wahrscheinlich zu **Offline-Schäden** führen. In Anbetracht der dynamischen Situation räumt Twitter der Überprüfung und Kennzeichnung von Inhalten, die zu Schäden führen könnten, wie z. B. einer erhöhten Exposition oder Übertragung im Fall von COVID-19, Priorität ein. Im Einzelfall werden Informationen auch gelöscht und Accounts gesperrt.

Die Maßnahmen sind in den drei genannten Bereichen sehr weitgehend und sicherlich auch effektiv. Bei anderen Themen scheint das Netzwerk allerdings keine vergleichbaren Gefahren zu sehen.

Meta

Facebook scheint sich am weitesten zurück zu halten. Das Unternehmen unterscheidet zwischen Misinformation und Desinformation:

Misinformation ist falsche Information, unabhängig von einer bösen Absicht. Wenn sie von Faktenchecker*innen geprüft wird, wird sie mit einem Label versehen. Verstößt sie gegen Gemeinschaftsstandards, wird zudem die Verbreitung reduziert. Facebook arbeitet dazu weltweit mit 80 unabhängigen Fact-Checking-Organisationen zusammen. Das Ergebnis wird von Facebook positiv bewertet: Laut Facebook zeigt die Erfahrung, dass 95% der Menschen nicht mehr auf den ursprünglichen Inhalt klicken, wenn er mit einem Warnhinweis versehen ist.

Desinformation liegt nur vor, wenn es sich um koordinierte und gesteuerte Kampagnen handelt (Coordinated Inauthentic Behaviour), Maßstab ist also nicht Inhalt oder Absicht, sondern ausschließlich ein betrügerisches Verhalten. Gegen entsprechende Netzwerke wird vorgegangen, indem Inhalte entfernt werden (deplatforming) und das öffentlich gemacht wird (naming and shaming). Für die Akteur*innen sollen zudem die Kosten in die Höhe getrieben werden.

In dieser Handreichung definieren wir Desinformation deutlich weiter. Sie ist auch bei absichtlicher Falschinformation gegeben, auch ohne dass es sich dabei um gesteuerte Kampagnen handeln muss. Hier würde Facebook nur mit einem Labelling reagieren.

TikTok

Ein wichtiger Schritt bei Erstellung dieses Beitrages waren Interviews mit den Plattformen Google, Meta und Twitter. TikTok konnte ein Gespräch leider nicht einrichten.

Technische Lösungen

Technik kann zur Reduzierung der Sichtbarkeit verwendet werden. Dies erfolgt bereits mit unterschiedlichen Verfahren auf allen Plattformen.

Twitter geht mit @birdwatch einen neuen Weg, der Nutzer*innen stärker einbinden will. Menschen sollen in die Lage versetzt werden, selbst hilfreiche Zusammenhänge zu Tweets zu liefern, die ihrer Meinung nach irreführende Informationen enthalten. Dazu wird ihnen ein eigener Kanal zur Verfügung gestellt. Der Dienst ist allerdings derzeit noch nicht in Deutschland verfügbar.

Wie beurteilen unsere Interviewpartner*innen die Maßnahmen? Welche Bedeutung können technische Lösungen haben?

Auch hier werden, je nach eigener Perspektive, unterschiedliche Herausforderungen gesehen. Uneinigkeit besteht, ob es tatsächlich weiterer technischer Entwicklungen bedarf oder eher eine Veränderung politischer und gesellschaftlicher Kultur notwendig ist. Aus den Expert*innen-Gesprächen lassen sich insbesondere die folgenden sechs Punkte extrahieren:

1. Beschränkung der Verbreitung

Immer wieder wird die Forderung laut, dass widerlegte Falschbehauptungen bei der Verbreitung reduziert oder sogar gelöscht (Fact-Checking) und entsprechende Profile gelöscht werden (Michael Narberhaus, The Protopia Lab). Würden Links zu Desinformation immer ins Leere führen, würden User*innen möglicherweise seltener in eine Bubble abdriften (Janina Lückoff, BR 24).

Das kann auch eine Frage des Plattformdesigns sein: Plattformen selbst probieren hier einiges aus. Hier sollte weiter geforscht werden, welche Art von Friktionen zu einer Verlangsamung der Verbreitung führen können (Julian Jaurisch, Stiftung Neue Verantwortung). In jedem Fall sollte ein schnelleres und effektiveres Vorgehen erreicht werden (Janina Lückoff, BR 24).

In eine ähnliche Richtung geht die Forderung, dass Algorithmen die Emotionalität nicht systematisch belohnen sollen. Denn „solange es Aufmerksamkeit und Geld bringt, Informationen zu erfinden, zu verkürzen oder zu verdrehen, wird Desinformation sogar noch zunehmen“ (ichbinhier e.V.).

2. Besseres Ranking für nachprüfbare Informationen

Gleichzeitig ist es sinnvoll, gut recherchierte nachprüfbare Informationen höher zu ranken (Fabian Wörz, JFF Medieninstitut). Im Zusammenhang damit könnte es Hilfestellung für journalistische Medien und die Nutzer*innen geben. Wie so etwas aussehen könnte, zeigt die Journalism Trust Initiative⁹, eine (überwachte) Selbstverpflichtung, bei der sich Medienunternehmen selbst Standards für die Berichterstattung gegeben haben. Nutzer*innen könnten so Hilfe im Informationsdschungel bekommen (Daniel Moßbrucker, Journalist).

3. Bessere automatisierte Erkennung von Desinformation

Auch eine bessere automatisierte und damit deutlich weitgehendere und schnellere Erkennung von Falschinformationen und manipulierten Bildern und Videos ist ein wichtiges Anliegen (Lars Thies, bis Nov. 2021 Leiter des Thinktanks der Vodafone Stiftung Deutschland).

Fact-Checking

Algorithmen

Ranking

⁹ Vgl. [Journalism Trust Initiative](#)

Verantwortung

4. Transparenz und Accountability

Hilfreich kann auch hier stärkere Transparenz sein, z.B. durch Archivierungsfunktionen oder Accountverifizierungen. „Die Forschung zeigt, dass verschiedene Diskursarchitekturen auf sozialen Plattformen eine Rolle für die Qualität von Debatten spielen.“ Designs und Funktionalitäten, die für verifizierte Informationen hilfreich sind, sollten gestärkt werden. Anbieter müssten sich von ausschließlich kommerziellen Anreizen trennen, denn sie sind mehr als nur „Infrastruktur für private Kommunikation“. Der sich daraus ergebenden Verantwortung müssen sie sich stellen, sonst müsste über die Entwicklung von gemeinnützigen Plattformen auf europäischer Ebene nachgedacht werden (Annett Heft, Weizenbaum Institut).

Monitoring

5. Monitoring von Plattform-Aktivitäten

In eine ähnliche Richtung gehen Forderungen nach einem stärkeren Monitoring. Plattformen müssen mehr Zugang und Einblick gewähren, insbesondere in Form von Daten für die Wissenschaft (Alex Sängerlaub, futur eins; Lena Frischlich, Psychologin und Propagandaforscherin). Gegebenenfalls kann dies durch ein Beratungs-Austausch-Gremium ergänzt und so eine Rückkopplung mit der Zivilgesellschaft erreicht werden (Fiete Stegers, HAW Hamburg).

6. Nachvollziehbarkeit von staatlichen Entscheidungen

Transparenz wird auch vom Staat gefordert. Politik und Verwaltung müssen ihre Entscheidungsgrundlagen transparent gestalten, etwa durch Transparenz- und Beteiligungsportale (Oliver Wiedemann, Mehr Demokratie). Durch eine bessere Übersicht soll Menschen, die beruflich an diesen Themen arbeiten, die Arbeit erleichtert werden (Laura Krause, More in Common).

Transparenz

7. Zweifel an technischen Lösungen

Immer wieder werden aber auch Zweifel an (weitergehenden) rein technischen Lösungen geäußert, denn Desinformation ist kein technisches Problem, sondern ein gesellschaftliches (Lutz Hagen, TU Dresden; Matthias Spielkamp, Algorithm Watch; Pia Lamberty, CeMAS). Wir müssen zum einen entscheiden, was wir als Gesellschaft aushalten wollen (Tobias Schmid, LFM NRW). Zum anderen sollte es darum gehen, die Gesellschaft „zu befähigen“ (Pia Lamberty, CeMAS). Jedenfalls wäre hier weitere Forschung dringend notwendig, etwa über Verbreitungsmusteranalysen (Wolfgang Schulz, Leibniz).

Gesellschaft

2. Die Rolle von Nachrichten- und Methodenkompetenz

Was bedeutet Nachrichtenkompetenz?

Der Begriff Nachrichtenkompetenz ist in Deutschland – trotz der Fülle an Desinformationen und wiederbelebter Verschwörungserzählungen – noch nicht sehr weit verbreitet. Nachrichtenkompetenz umfasst unter anderem Kenntnisse in den Feldern Mediensystem, Journalismus und öffentliche Kommunikation. Darunter fällt z.B. das Wissen über die politischen Funktionen von (Massen- und Online-)Medien, Qualitätskriterien im Journalismus, Medienwirkungen auf das Individuum und die Gesellschaft oder der Umgang mit Konflikten in sozialen Netzwerken (Lutz Hagen, Professor für Wirtschafts- und Politikkommunikation an der TU Dresden). Aufgrund der Menge an Informationen, der wir tagtäglich begegnen, braucht es zudem ein Bewusstsein, dass unsere Aufmerksamkeit ein ebenso knappes wie lukratives Gut ist, das vor allem im Internet hart umkämpft ist, bestätigen auch die befragten Faktenchecker*innen. Vor diesem

Hintergrund bestehe die vielleicht wichtigste Fähigkeit darin, einschätzen zu können, wann und wo es notwendig ist, Nachrichten zu analysieren und Informationen kritisch zu hinterfragen, meint Fabian Wörz, medienpädagogischer Referent beim Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis (JFF). Ein ständiges Überprüfen hält er weder für umsetzbar noch zielführend. Deshalb sei neben dem Wissen über Prüfwerkzeuge und Quellenkritik das Wissen über die Funktionsweisen von Desinformation essentiell, so auch die Sozialpsychologin und CeMAS-Geschäftsführerin Pia Lamberty. Unabdingbar ist auch die Entwicklung eigener Standpunkte zu gesellschaftspolitisch relevanten Themen, sowie die Befähigung, Informationen für sich und die Gesellschaft sinnvoll einordnen zu können (Fabian Wörz, JFF). Daran anknüpfend braucht es die Fähigkeit, sachlich und faktenbasiert zu diskutieren, zuzuhören und andere Meinungen zu akzeptieren (Claudia Otte, Betroffenenberaterin bei HateAid; Hanno Burmester, Unlearn). Nicht zuletzt, so fasst es der Verein ichbinhier e.V. zusammen, gehe es also darum, eine gesunde Kommunikationskultur zu fördern und dabei die Freude am demokratischen Diskurs lebendig zu halten.

“Ein Blick in die Schulen zeigt, dass Nachrichtenkompetenz bundesweit eine nur marginale Rolle in den Unterrichtslehrplänen spielt, ...”

Wie steht es um Nachrichtenkompetenz in Deutschland?

In der deutschen Bevölkerung ist es nicht gut um Nachrichtenkompetenz bestellt.¹⁰ Ein Blick in die Schulen zeigt, dass Nachrichtenkompetenz bundesweit eine nur marginale Rolle in den Unterrichtslehrplänen spielt, obwohl eine Mehrheit der Lehrkräfte dies für wichtig erachtet. Die Vermittlung von Nachrichtenkompetenz findet zudem eher an Gymnasien als an Real- oder Gesamtschulen statt.¹¹ Auch an den Universitäten streifen Lehramtsstudierende das Phänomen eher nur, anstatt zu lernen, was es mit Desinformationen auf sich hat und wie sie das Thema an ihren künftigen Arbeitsplätzen behandeln können (Lutz Hagen, TU Dresden). So überrascht es nicht, dass erhebliche Wissenslücken in der eigenen Nachrichtenkompetenz von Lehrkräften festgestellt wurden¹² und ein großer Teil der Lehrkräfte das Informationsverhalten ihrer Schüler*innen falsch einschätzt.¹³

Doch Nachrichtenkompetenz – darin waren sich die befragten Expert*innen bereichsübergreifend einig – ist nicht nur ein wichtiges Thema für Schulen. Gerade angesichts der Wahrnehmung, von Informationen schier überflutet zu werden und einem damit einhergehenden wachsenden Gefühl der Überforderung, ist Nachrichtenkompetenz als demokratische Schlüsselfunktion in allen Generationen von Bedeutung. Nicht zuletzt ältere Menschen – die sich, anders als die Generation Z, die Nutzungskompetenz neuer Medien mühsam selbst aneignen – könnten die Gefahren im digitalen Raum häufig nur schwer abschätzen, erklärt Claudia Otte (HateAid). Angesichts des rasanten technischen Fortschritts und des flexiblen Agierens bestehender sowie neuer Märkte bedeutet Nachrichtenkompetenz lebenslanges Lernen.

¹⁰ Meßmer, A.-K., Sängeraub, A., Schulz, L. (2021): „Quelle: Internet“? Digitale Nachrichten- und Informationskompetenz der deutschen Bevölkerung im Test. Stiftung Neue Verantwortung (Hrsg.)

¹¹ Vgl. Institut für Demoskopie Allensbach (2020). [Die Vermittlung von Nachrichtenkompetenz in der Schule. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von Lehrkräften im Februar/März 2020](#). S. 40ff.

¹² Vgl. Institut für Demoskopie Allensbach (2020), S. 69.

¹³ Vgl. Institut für Demoskopie Allensbach (2020), S. 73.

Aus diesem Grund müssen auch die Produzierenden von Nachrichten selbst in den Blick genommen werden. Die stetige Weiterentwicklung von Nachrichtenkompetenz müsse auch unter Journalist*innen gefördert werden, fordert ein Experte aus dem Bereich Faktencheck.

Herausforderungen bei der Vermittlung von Nachrichtenkompetenz

Eine der größten Herausforderungen besteht darin, Menschen aus prekären Milieus mit Bildungsangeboten zu erreichen. Bei der Zielgruppe Kinder und Jugendliche stelle der – zuletzt durch die Pandemie – erschwerte Zugang zu Schulen ein besonderes Problem dar, weiß Lars Thies, bis November 2021 Leiter des Thinktanks der Vodafone Stiftung Deutschland gGmbH. Hier brauche es vor allem Bildungskonzepte, die sich an der Lebenswelt von Jugendlichen orientieren, so Fabian Wörz (JFF). Außerhalb des Systems Schule müssen Handlungsanreize geschaffen werden, um auch erwachsene Zielgruppen zu erreichen. Dazu zählen laut dem Politik- und Medienwissenschaftler Norman Volger berufliche Weiterbildungsangebote in Kooperation mit Trägern der politischen Bildung, aber auch Angebote über die Plattformen selbst, z.B. in Form von Social Media Kampagnen. Die befragten Wissenschaftler*innen und Expert*innen aus dem Bereich Nachrichtenkompetenz sind sich einig, dass Aufklärungsangebote integrativ und niedrigschwellig gestaltet sein müssen (z.B. Lena Frischlich, Psychologin und Propagandaforscherin; Fiete Stegers, HAW Hamburg). Ein Ansatz wäre zum Beispiel das Infotainment, bei dem Inhalte unterhaltsam vermittelt werden. Lernmöglichkeiten können von Erklärvideos über Informationen auf Werbescreens bis hin zu regelmäßigen Präsenzveranstaltungen in örtlichen Gemeindezentren reichen. Komplexere Angebote wie Workshops und Fortbildungen, betont Lutz Hagen (TU Dresden), müssten mit Voraussicht geschaffen und so aufgebaut werden, dass sie flexibel und zeitnah auf technische Veränderungen – ein Stichwort wäre hier KI – reagieren können.

3. Die Rolle von Regulierung und regulatorischen Vorgaben

- **Der Status Quo der Regulierung**

Das Internet kann als Brandbeschleuniger von Lügen- und Desinformationskampagnen wirken. Laut einer Studie der Vodafone-Stiftung zu Desinformation in der Coronakrise kommen 76 % der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland mindestens einmal pro Woche mit Falschnachrichten in Berührung. Ein Drittel traut sich nicht zu, Desinformation als solche zu erkennen.¹⁴

Nachrichtenkompetenz und Fact-Checking sind wichtige Bausteine, um die Verbreitung von Falschinformationen zu beschränken. Sie allein werden aber nicht helfen. Eine wichtige Rolle kommt den Plattformen zu (s. dazu Kapitel Plattformen). Allerdings gehen sie derzeit sehr unterschiedlich mit Desinformation um. Als Gesellschaft müssen wir uns die Frage stellen: Wollen wir diese Entscheidungen allein internationalen Plattformen überlassen oder ist es nicht vielmehr Aufgabe des Gesetzgebers, hier grundsätzliche Leitlinien zu geben? Das hat er an einigen Stellen getan. In den Bereich Desinformation wirkt dies aber häufig nur indirekt und nicht immer sehr schlagkräftig.

- **Strafrecht**

Sofern Desinformation bestimmte zusätzliche Merkmale aufweist, kann sie strafrechtlich sanktioniert sein. Das ist u.a. dann der Fall, wenn Aussagen gleichzeitig eine Person diffamieren, wenn sie zu Hass oder Hetze aufrufen oder wenn sie besonders geschützte Rechtsgüter betreffen. Letzteres wäre etwa bei der Holocaust-Leugnung oder der Verunglimpfung des Staates der Fall.

Strafrecht

Status Quo

¹⁴ Vodafone Stiftung, [Die Jugend in der Infodemie](#)

Seit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz von 2017 sind soziale Netzwerke verpflichtet, offensichtlich rechtswidrige Inhalte, die gegen bestimmte Strafgesetze verstoßen, innerhalb von 24 Stunden nach Eingang einer Beschwerde zu entfernen oder den Zugang zu ihnen zu sperren.

Medienregulierung

- **Medienregulierung**

Seit Inkrafttreten des neuen Medienstaatsvertrag Ende 2020 gelten zudem für journalistisch-redaktionelle Telemedien mit Sitz in Deutschland journalistische Sorgfaltspflichten, § 19 MStV. Avisiert sind vor allem Angebote, die regelmäßig Nachrichten oder politische Informationen enthalten. Die Landesmedienanstalten können Verstöße gegen journalistische Sorgfaltspflichten beanstanden und, wenn nichts anderes mehr hilft, entsprechende Angebote untersagen oder sogar sperren, § 109 MStV. Angeknüpft wird dabei nicht an die Frage, ob eine Information richtig oder falsch ist, sondern an eine Verhaltensweise, nämlich daran, ob die Information nach anerkannten journalistischen Maßstäben recherchiert wurde. Die Medienanstalten sind allerdings nur solange zuständig, wie sich der Anbieter nicht einer freiwilligen Selbstkontrolle unterworfen hat. Insgesamt sind damit an die Regulierung hohe Hürden gestellt. Längst nicht alle Anbieter fallen in den Anwendungsbereich, und selbst wer das tut, kann sich dem oft schnell wieder entziehen.

Hausrecht

- **Hausrecht**

Sehr viele Entscheidungen werden daher heute von den Plattformen selbst getroffen, die sich dabei auf ihr Hausrecht stützen. Die Grenzen dessen werden von den Gerichten nach und nach bestimmt. Maßstab für entsprechende Verfahren sind aber immer (nur) die AGB der Plattformen, die sehr unterschiedliche Anforderungen an den Umgang mit Desinformation stellen.

Zivilrecht

- **Zivilrecht**

Schließlich kann jede*r, der/die von einer Desinformation persönlich betroffen ist, dagegen zivilrechtlich vorgehen. Viele Menschen machen das mittlerweile mit bemerkenswerter Geduld und Zivilcourage. Für andere kommen solche Schritte aber nicht in Frage, denn sie sind teuer und führen oft zu noch mehr Hass und persönlichen Beeinträchtigungen.

Was für Regelungen werden gebraucht?

Insgesamt ist die Rechtslage komplex. Sehr oft ändert sich nur wenig. Daher haben wir gefragt, welche regulatorischen Vorgaben wir brauchen. Die Antworten waren recht unterschiedlich.

Auch wenn falsche Tatsachenbehauptungen nicht dem Schutz der Meinungsfreiheit unterliegen, so haben doch einige Bedenken, dass ein zu striktes Vorgehen gegen Desinformation zu einer Art „staatlichen Wahrheitskontrolle“ führen könnte. Eine solche dürfe, wenn überhaupt, nur im gesetzlich vorgegebenen Rahmen durch Gerichte ausgeübt werden (Wolfgang Schulz, Leibniz). Oder anders ausgedrückt: Wir müssen uns zunächst darüber klar werden, was wir überhaupt regulieren wollen. „Ansichten, die meinen widersprechen, die ich als unsinnig oder falsch erlebe, gehören in einer pluralistisch-liberalen Demokratie dazu“ (Lena Frischlich, Psychologin).

Insbesondere Plattformen betonen die große **Bedeutung des freien Internets**: Die Art und Weise, wie mit den Herausforderungen umgegangen wird, wird sich „auf die Fähigkeit von Milliarden von Menschen, Informationen mit der Welt zu teilen und von anderen über Grenzen hinweg zu hören, auf die Zukunft der digitalen Wirtschaft und auf das Überleben eines freien und sicheren Offenen Internets“ auswirken (Twitter Deutschland). Plattformen dürfen daher nicht verpflichtet werden, Desinformation zu entfernen; das kann nur für rechtswidrige Inhalte gelten (YouTube).

Zehn Maßnahmenvorschläge der Expert*innen

Bei der Frage nach konkreten Maßnahmen haben wir unterschiedliche Vorschläge erhalten, die sich in den folgenden zehn Forderungen widerspiegeln. Ein generelles Verbot von Desinformation hat niemand gefordert. Regulierung muss hier vielmehr einen schwierigen Balance-Akt zwischen Meinungsfreiheit und entgegenstehenden Grundrechten absolvieren:

1. Transparenz und Kennzeichnung

Am häufigsten wurde mehr Transparenz und Kennzeichnung verlangt. Transparent gemacht werden soll einerseits, wie algorithmische Empfehlungssysteme funktionieren („Algorithmus-TÜV“, Lutz Hagen, TU Dresden; s. auch Matthias Spielkamp, Algorithm Watch; Julian Jaursch, SNV) und andererseits wie mit Desinformation umgegangen wird (Lars Thies, bis Nov. 2021 Leiter des Thinktanks der Vodafone Stiftung Deutschland; Vertreter*innen des Fact-Checkings). Für Nutzer*innen finden sich bereits heute dazu sehr umfangreiche Informationen auf den Seiten der Plattformen, die zudem regelmäßig über Löschungen, Sperrungen etc. berichten. Das reicht vielen nicht aus. Gefordert wird insbesondere ein besserer Zugang für Wissenschaft und Regulierung und die Möglichkeit von Audit-Verfahren. Vieles davon ist im aktuellen Entwurf des Digital Service Act der EU enthalten, der damit neue Wege geht. Allerdings kann das nicht darüber hinweg täuschen: auch wenn Transparenz für Nutzer*innen und mehr noch für Regulierung und Wissenschaft wichtig ist, wird sie allein das Problem nicht lösen. Denn die Zahl der Nutzer*innen, die sich tatsächlich Transparenzhinweise anschauen, ist sehr begrenzt.

2. Anknüpfung an missbräuchliche Verhaltensweisen

Eine zweite wichtige Forderung geht dahin, stärker an missbräuchliche Verhaltensweisen anzuknüpfen, also die Strukturen und Prozesse der Verbreitung stärker in den Blick zu nehmen oder gegen technische Manipulationen vorzugehen (u.a. Tobias Schmid, Landesmedienanstalt NRW). Das ist sicherlich ein wichtiger Schritt, auch weil es dabei nicht darauf kommt, ob eine Information wahr oder unwahr ist. Wertungsfragen werden so reduziert. Hierunter fallen könnte beispielsweise auch ausländische Propaganda, die bewusst zur Destabilisierung eingesetzt wird.

3. Stärkere Regulierung einzelner Inhaltebereiche

Insbesondere bei politischer Werbung, also bezahlter politischer Kommunikation, sollten strengere Regelungen gelten (Fabian Wörz, JFF Medieninstitut; Julian Jaursch, SNV). Diese wird derzeit von Plattformen unterschiedlich behandelt, das reicht von keiner Weiterverbreitung über strengere Transparenzvorgaben bis zu keiner besonderen Regulierung. Hier sollte über eine stärkere Angleichung an Werbevorgaben für andere Medien (z.B. Rundfunk) nachgedacht werden. Auch bei bestimmten, besonders gefährlichen Themen, etwa bei gesundheitsgefährdenden Falschinformationen, könnten strengere Regelungen sinnvoll sein.

4. Regelungen für öffentliche und private Kommunikation

Diskutiert wird auch über die Spielregeln öffentlicher und privater Kommunikation. So plädiert Annett Heft (Weizenbaum-Institut) für die Justierung der Grenzziehung zwischen öffentlicher und privater Kommunikation. Insbesondere mit Blick auf hybride Dienste z.B. jene, die Messenger- und Netzwerkfunktionen ermöglichen und mittlerweile sehr große Gruppen erlauben (z.B. Telegram). Denn Akteur*innen, die mit Desinformationen in Verbindung gebracht werden, weichen oft genau auf diese Plattformen aus, um sich geltenden Regelungen zu entziehen. Gefordert wird in diesem Zusammenhang auch eine Klarnamenpflicht (Michael Narberhaus, The Protopia Lab). Dies würde zumindest die Rechtsdurchsetzung erleichtern.

5. Plattformdesign

Auch an das Plattformdesign wird angeknüpft. Julian Jaursch (SNV) fordert ein faires und verbraucherfreundliches Design. Für Alexander Sänglerlaub (futur eins) braucht es eine klare Verantwortungszuweisung für soziale Netze. Und Twitter hält Wettbewerb, Wahlmöglichkeiten und Innovation für entscheidend im Kampf gegen Desinformation.

6. Stärkung von Journalismus

In die gleiche Richtung gehen verschiedene Vorschläge, die die Bedeutung von Journalismus stärken wollen, z.B. indem die signalisierende Funktion von Journalismus im Algorithmus verankert wird (Wolfgang Schulz, Leibniz). Dies sollte mit einer besseren Schulung von Journalist*innen, höheren Recherchebudgets und einer Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks einhergehen (Daniel Moßbrucker, Journalist; Lutz Hagen, TU Dresden; Matthias Spielkamp, Algorithm Watch).

Auch die schon länger währende Diskussion um sog. Public Value Inhalte könnten in diese Richtung gehen. Die algorithmischen Empfehlungssysteme würden dann bestimmte Inhalte, die entweder in regelmäßigen Abständen ermittelt oder im Rahmen einer kontrollierten Selbstverpflichtung (s. bspw. die Journalism Trust Initiative) gefunden würden, bevorzugen oder immer mal wieder nach vorne spülen. Diese könnte mit der Zeit selbst den Kaninchenbau erreichen.

7. Selbstregulierung

Vor allem meta setzt stark auf Selbstregulierung, z.B. durch den EU-Code of Practice. Andere bringen z.B. Bürgerräte ins Spiel (Oliver Wiedemann, Mehr Demokratie; Fiete Stegers, HAW Hamburg).

8. Verfahren

Wie auch immer die Regulierung aussehen wird, sie ist nur dann hilfreich, wenn sie innerhalb von schnellen und effizienten Verfahren durchgesetzt wird. Dazu bedarf es sinnvoller Haftungs- und Widerspruchsverfahren, aber auch schneller Gerichtsentscheidungen von Gerichten, die die Mechanismen des Internets verstehen (z.B. Cybercourts, Daniel Moßbrucker, Journalist).

Aus Betroffenenperspektive wünschen sich viele mehr Unterstützung, auch durch Behörden (ichbinhier e.V.).

9. Institutionen

Darüber hinaus stellt sich immer wieder die Frage, wer nun zuständig sein soll. Zum einen soll es sich um unparteiische und unabhängige – in Deutschland würde man sagen „staatsferne“ – Institutionen handeln (Michael Narberhaus, The Protopia Lab). Für einige ist dabei aber auch wichtig, dass hier international abgestimmt vorgegangen wird. Denn wenn ein hartes Vorgehen nur gegen in Deutschland greifbare Anbieter durchgesetzt wird, würde das zu einer Verlagerung auf Angebote und Messenger Dienste führen, die sich jeglicher Kontrolle entziehen (Annett Heft, Weizenbaum-Institut oder ichbinhier e.V. aus Betroffenenperspektive). Twitter wendet sich gegen jede extraterritoriale Anwendung nationaler Inhaltstandards, da ansonsten die Gefahr bestünde, dass die „gesamte offene Kommunikation der Welt durch diejenigen Akteur*innen gefährdet wird, die sich am wenigsten für die Meinungsfreiheit einsetzen.“

Internationale Rechtsdurchsetzung ist ein hehres Ziel. Allerdings eins, dass häufig zu Untätigkeit führt, denn handlungsfähige internationale Institutionen, die sich zudem auf gemeinsame Standards einigen können, sind nicht in Sicht. Ein erster Lichtblick

könnte der Digital Service Act der EU sein. Allerdings findet auch er in Europa seine Grenze. Für außereuropäische Anbieter, die in Deutschland Dienste anbieten, sich aber nicht den EU-Regelungen unterwerfen wollen, müssen wirksame Sanktionen noch gefunden werden.

10. Gesamtgesellschaftliche Entwicklungen

Last but not least kann Desinformation nicht von gesellschaftlichen Entwicklungen getrennt werden. Egal, wie viel Regulierung durchgesetzt wird, führt doch am Ende kein Weg daran vorbei, die Urteilskraft der Menschen zu stärken. Das ist Aufgabe der Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik (Matthias Spielkamp, Algorithm Watch). Hier besteht Handlungsbedarf.

In den verschiedenen Interviews ist zudem immer wieder angesprochen worden, dass es bisher keinen Prozess gibt, der definiert, was die Gesellschaft genau unter Desinformation versteht, wie viel wir davon aushalten müssen und wie mit dem Rest umgegangen werden soll. Ein solcher gesamtgesellschaftlicher Konsens sollte in einer repräsentativen Demokratie durch den Gesetzgeber gesteuert und nicht internationalen Plattformen aufgebürdet werden. Diese müssen selbstverständlich die Möglichkeit haben, Geschäftsmodelle zu entwickeln und umzusetzen. Die Grenzen setzt der Rechtsstaat. Davor darf er sich nicht wegducken.

4. Die Rolle von Fact-Checking

Was ist das Ziel von Fact-Checking?

Der Faktencheck ist eines der praktischsten Instrumente für den alltäglichen Umgang mit Desinformationen. Mit dem Begriff Faktencheck ist das Überprüfen bereits publizierter Informationen mit journalistischen Mitteln gemeint. Dies wird auch als „Debunking“ bezeichnet und in Deutschland unter anderem von Organisationen wie Correctiv Faktencheck oder AFP Faktencheck Politifact in den USA oder FullFact in Großbritannien durchgeführt¹⁵. Ziel des Faktenchecks ist es nicht, Falschinformationen auszurotten, sondern lediglich zu verhindern, dass sie die breite Masse erreichen. Max Biederbeck, Redaktionsleitung bei AFP Faktencheck, beschreibt die Rolle des Faktenchecks anschaulich als „Antikörper“ gegen die Flut an Desinformationen. Es ginge nicht darum zu erläutern, „wie es wirklich ist“, sondern den aktuellen Wissensstand zu liefern. Mithilfe dieses Angebots an Fakten können Nutzer*innen sich bei komplizierten Themen eine eigene Meinung bilden, die auf klare und gut recherchierte Fakten gestützt ist.

“So sind zum Beispiel Populismus, Meinung und wissenschaftliche Diskurse, die sich ständig im Wandel befinden, nur schwer prüfbar.”

Der Faktencheck steht vor vielen Herausforderungen und erfährt nicht selten Skepsis und Kritik. Allen voran stellt sich die Frage: Was kann überhaupt gecheckt werden und wer sollte dies entscheiden? Über dieses Problem sind die befragten Faktenchecker*innen sich bewusst. Manchmal gibt es kein einfaches ‘ja’ oder ‘nein’, also keine Antwort, die als klarer Fakt definiert und verbreitet werden kann. So sind zum Beispiel Populismus, Meinung und wissenschaftliche Diskurse, die sich ständig im Wandel befinden, nur schwer prüfbar. Es fällt aktuell in den Aufgabenbereich der Faktenprüfer*innen zu kuratieren und zu entscheiden, wo sich ein Faktencheck lohnt und wo nicht. Um für diesen Prozess einen einheitlichen Standard zu gewährleisten, sind viele Faktencheck-Organisationen

¹⁵ Vgl. Sänglerlaub, Alexander (2018): [Feuerwehr ohne Wasser? Möglichkeiten und Grenzen des Fact-Checkings als Mittel gegen Desinformationen](#). S. 6

Mitglieder von Verbünden, wie dem 'International Fact-Checking Network' (IFCN) des US-amerikanischen Poynter Institutes, mit Headquarter in St. Petersburg, Florida. Das IFCN legt internationale Standards für den Faktencheck fest und prüft regelmäßig die Arbeitsprozesse der Mitgliedsorganisationen. Doch trotz dieser Vorkehrungen wird der Faktencheck nicht selten als „Wahrheitspolizei“ abgestempelt. Es darf nicht die alleinige Aufgabe der Faktenchecker*innen sein, darüber zu entscheiden, was als Wahrheit definiert werden kann. Es müsste daher klare und einheitliche Definitionen und Maßnahmen seitens der Regierung oder zivilgesellschaftlicher Institutionen in Deutschland geben, um die alleinige Verantwortlichkeit zumindest teilweise von den Schultern der Faktenprüfer*innen zu heben.

Wirkung und Effektivität des Fact-Checking

Neben den Methoden und Grundlagen ist auch die Wirkung des Faktenchecks nicht unumstritten. Ein Problem für die Wirksamkeit des Faktenchecks sind ganz praktische Faktoren, wie die Reaktionsschnelligkeit und die Reichweite von Faktenchecks. Laut einer Studie von Vosoughi verbreiten sich Falschnachrichten sechsmal schneller als wahre Informationen¹⁶. Allein durch die Zeitverzögerung zwischen dem viral Gehen eines Fake-News Postings und dem Debunking-Prozess, hat die Desinformation immer einen Vorteil, so die befragten Expert*innen. Zudem hat der Faktencheck eine enorm hohe Sorgfaltspflicht und kann daher oft nicht schnell genug reagieren, um eine Desinformation zu prüfen und ggf. zu widerlegen, bevor sie nicht eine hohe Reichweite erreicht hat. Die Logik der Plattformen befeuert dieses Problem, da Postings mit einer hohen Interaktionsrate, wie zum Beispiel hoch emotionalisierende Fake News, durch den Algorithmus begünstigt werden. Zudem ist es eine natürliche menschliche Neigung, eine emotionale, schockierende oder überraschende Nachricht eher zu teilen, als einen trockenen und nüchternen Fakt¹⁷.

Es gibt sogar Hinweise aus der Forschung, dass Faktencheck potenziell negative Auswirkungen haben könnte. Laut des „Backfire-Effektes“ kann das Widerlegen einer Falschinformation bei Menschen, die eine starke ideologische Überzeugung haben, sogar deren Glauben an die Aussage verstärken¹⁸. Allerdings gibt es auch Forschung, die zeigt, dass dieser Effekt nicht die Norm darstellt, sondern nur in manchen Fällen von besonders prekären Themen auftreten kann¹⁹. Um dies besser zu verstehen, ist eine bessere Datenlage über die Wirkung des Faktenchecks auf die Verbreitung von Informationen notwendig, sowie Forschung zu den idealen Mechanismen und Formaten des Faktenchecks, um eine möglichst effektive Wirkung zu erzielen.

Um die Effektivität des Faktenchecks zu optimieren, sehen die befragten Faktenchecker*innen viele Möglichkeiten. Um den Massen an Desinformationen entgegenzutreten, muss auch die Menge der Faktenchecks erhöht werden. Dafür müsse es eine größere Anzahl an Faktenchecker*innen geben. Insbesondere auf regionaler Ebene gibt es hier noch viel Potenzial, da Faktencheck aktuell hauptsächlich auf nationaler Ebene praktiziert wird. Lokale Journalist*innen haben jedoch den Vorteil, ihre Zielgruppe zu kennen und haben oft ein besonders vertrautes Verhältnis zu ihnen. Doch nicht nur auf Produktionsseite, sondern auch auf Produktseite müsse Faktencheck breiter aufgestellt werden. Damit Faktencheck die erreiche, die diesen am dringendsten benötigen, müsse es mehr Ausspielwege geben. Von Hörfunk über Video, Telegramkanäle über Tageszeitung - die Leute müssen dort abgeholt werden, wo sie sich medial sowieso schon bewegen. Grundsätzlich muss das Angebot des Faktenchecks bekannter werden, damit mehr Leute es im Alltag nutzen können. Um für die Thematik in Deutschland und Europa eine größere Bühne zu gewinnen, müsste neben dem International Fact-Checking Network auch in Europa eine ähnliche Struktur aufgebaut werden und mehr Sichtbarkeit mit Hilfe der Politik erzeugt werden.

16 Vgl. Vosoughi, Roy & Aral (2018): [The spread of true and false news online](#). In: Science Issue 6380, S. 1146-1151.

17 Vgl. Sänglerlaub (2018), S. 10

18 Vgl. Sänglerlaub (2018) S. 12-13

19 Vgl. Sippitt, Amy (2019): [The backfire effect. Does it exist? And does it matter for factcheckers?](#), S. 13-14.

Ein wichtiger Teil des Ganzen

Über die grundsätzliche Sinnhaftigkeit von Faktencheck als ein Werkzeug gegen Desinformationen waren sich die Befragten aus fast allen Bereichen einig. Aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht wurde betont, dass das Nachverfolgen, Aufdecken und Richtigstellen von eindeutig als solches zu erkennenden Falschaussagen, Menschen wesentlich dabei helfen kann, sich im Netz sicherer zu bewegen. Aus der Perspektive der Regulierung wurde darauf aufmerksam gemacht, dass nicht der Staat allein entscheiden kann, was wahr ist und was nicht, da dies berechtigterweise starke Zensur-Vorwürfe mit sich bringen würde. Doch auch die Plattformen als kapitalistische Organisationen dürfen nicht diese Entscheidungs-Herrschaft besitzen. Für die befragten Plattform-Vertreter*innen sind Fact-Checking-Tools ebenfalls extrem wichtig, da sie oft als Grundlage für einschränkende Maßnahmen dienen, wie etwa eine reduzierte Verbreitung, ein Verbot des Reposts oder gar eine Accountsperrung. Der Erfolg dieser Maßnahmen wird von den Plattformen als sehr positiv bewertet. Es muss dabei bedacht werden, dass Plattformen zwar zunehmend bemüht sind, aktiv zu werden, dennoch spiegeln sich kapitalistische Interessen dominant in ihren Handlungen wider. Selbst eine unendliche Menge an Faktencheck hat wenig Chance auf nachhaltige Wirkung, ohne entsprechendes Umdenken seitens der Plattformen. Statt vornehmlich von Profit gesteuert zu handeln, müsste der Fokus darauf liegen, eine stabile und gesunde Kommunikations-Infrastruktur für das Wohl der Gesellschaft zu bauen. Dafür müssten die Netzwerke sich öffnen, in den Austausch mit Vertreter*innen der Gesellschaft treten und ihre Algorithmen anpassen.

Der Faktencheck ist kein Selbstläufer und muss in Kombination mit anderen Mitteln eingesetzt werden. Denn es ist zwar wichtig zu wissen, wo Faktenchecks zu finden sind. Aber insbesondere Expert*innen aus dem Bereich Nachrichtenkompetenz betonten, dass Fakten allein nicht genügen, um die Menschen besser für den Alltag mit Desinformationen vorzubereiten. Noch wichtiger ist ein besseres Grundwissen über übergeordnete Zusammenhänge und Mechanismen. Zum Beispiel: Wie wird eine Geschichte erzählt, wie wird mit Emotionen gearbeitet, welche Intentionen liegen dahinter, was ist das Narrativ? Zusammen mit praktischem Wissen, wie etwa der Quellenanalyse, sollte dies eine zentrale Rolle in der Bildungsarbeit spielen (u.a. Fiete Stegers, HAW Hamburg).

Faktenchecker*innen sollten zudem besser unterstützt werden, sowohl in Sachen Methodik als auch Ressourcen und ökonomischen Hilfestellungen. Denn der Faktencheck lohnt sich als Produkt kaum in der vorherrschenden Gratskultur des Internets. Ausreichende Finanzierung ist notwendig, um den Faktencheck am Leben zu halten, sowie neue Innovationen zu fördern. Dennoch wird sie immer problematisch bleiben. Wer dem Faktencheck kritisch gegenübersteht, kann und wird ihm stets Steuerung oder Regulierung vorwerfen, völlig losgelöst, aus welcher Hand diese Finanzierung kommt. Aktuell fungieren daher die Plattformen als Haupt-Innovationstreiber, also genau die, die maßgeblich für die Verbreitung von Desinformation verantwortlich sind und zu lange nichts dagegen getan haben – dies sei laut den Befragten ein großes Problem.

Abschließend kann zusammengefasst werden, dass Faktencheck – richtig eingesetzt – besser unterstützt und weiter ausgebaut als praktisches Mittel im alltäglichen Umgang mit Desinformation dienen kann. Allerdings bekämpft er stets nur die Symptome und wird nie an den Wurzeln des Problems von Desinformationen ansetzen können²⁰. Daher muss dieses Werkzeug in Kombination mit anderen Mitteln wie etwa Sensibilisierung und Bildung, sowie Regulierung gegen Desinformationen eingesetzt werden.

²⁰ Vgl. Sänglerlaub (2018), S.2

5. Ein Blick aus der systemischen Perspektive

Ein so komplexes Phänomen wie Desinformation kann nicht isoliert verstanden werden, selbst wenn wir es als eine ineinander verzahnte Wertschöpfungskette beschreiben. Denn Informationsflüsse und Verarbeitungsmechanismen sind Ausdruck und Symptom komplexer, historischer Machtbeziehungen. Wenn wir Desinformation besser verstehen und wirksame Strategien dagegen entwickeln wollen, müssen wir diese Dynamiken mit einbeziehen, insbesondere wenn sie spaltend, fragmentierend und polarisierend wirken.

Auf unserer Karte beschreiben wir die großen, fragmentierenden Entwicklungen als Makro- und Meso-Trends. Industrialisierung und Kolonialismus, die Privatisierung des öffentlichen Raums durch Technologiekonzerne, die wachsende soziale Ungleichheit und die Aushöhlung demokratischer Strukturen, um nur ein paar zu nennen. Diese Entwicklungen haben dazu geführt, dass sich verschiedenste soziale Gruppen mit jeweils unterschiedlichen Institutionen und Verhaltensmustern, aber auch unterschiedlichen Weltansichten und subjektiven Erlebensformen oft unverbunden oder gar antagonistisch gegenüberstehen. Im Zuge dieser Gruppen- und Identitätsbildung exkludieren wir alle jeweils unterschiedliche, große Teile der Realität bzw. werten sie als fremd- und minderwertig ab. Fragmentierte Realitätswahrnehmungen sind ein fruchtbarer Boden für Desinformationen und verstärken gleichzeitig die sozialen Bruchlinien nochmals. Dies sehen wir aktuell wie unter einem Brennglas, wenn Familien und Freundeskreise über ihre unterschiedlichen Haltungen zu Covid-19 auseinanderbrechen.

Hanno Burmester (Unlearn) fasst es so zusammen: „Das Problem ist nicht die Desinformation, sondern dass wir einen Boden bereitet haben, auf den diese Saat fällt. Die Demokratie ist nicht porös, weil es Desinformation von innen und außen gibt, sondern wir reden so viel über Desinformation, weil die Demokratie so porös ist.“

„Das Problem ist nicht die Desinformation, sondern dass wir einen Boden bereitet haben, auf den diese Saat fällt. Die Demokratie ist nicht porös, weil es Desinformation von innen und außen gibt, sondern wir reden so viel über Desinformation, weil die Demokratie so porös ist.“

Systemisch betrachtet haben wir ein Umfeld geschaffen, in dem es naiv ist, davon auszugehen, dass einige böse Desinformant*innen einigen guten Demokrat*innen und Wahrheitsvertreter*innen gegenüber stehen. Wenn wir die AfD als Drahtzieher*innen falscher Informationen anklagen, müssen wir auch anerkennen, dass andere Parteien dazu beigetragen haben, dass bestimmte Themen überhaupt erst salonfähig wurden (Oliver Wiedemann, Mehr Demokratie).

Unsere Gesprächspartner*innen, mit denen wir über systemische Zusammenhänge gesprochen haben, differenzieren zwischen den eindeutig falschen und böswillig

entwickelten Desinformationen und Lügen à la Pizzagate und einem weit größeren Bereich von Informationen, der oft als Desinformation bezeichnet wird, aber wesentlich uneindeutiger ist. Denn oft handelt es sich dabei „nur um eine andere Sichtweise und Interpretation der Welt ... Die Übergänge zwischen Täuschung und Manipulation zu ehrlicher Kommunikation sind fließend ... Die meisten Inhalte haben zumindest einen kleinen manipulativen Charakter, da wir alle meist gewisse Ziele verfolgen, ohne diese immer transparent zu machen“ (Michael Narberhaus, The Protopia Lab).

Unsere Weltbilder und Lebenserfahrungen sind viel zu divers, als dass wir zu einem geteilten Realitätsverständnis (ob in Deutschland oder global) gelangen könnten. Zu viele Akteur*innen sind einem ausschnittshaften, linearen Denken verhaftet, welches der Komplexität der Realität nicht gerecht wird. So kann z.B. die Nachricht, dass das

Coronavirus in einem chinesischen Labor entstanden sei, zuerst als Desinformation etikettiert, ein paar Monate später aber zur Hypothese etablierter Forschung werden. In dem Maße, in dem auch die Sozialwissenschaften immer epistemischer werden, d.h. Aussagen als gültigen Wissensstand festschreiben, blenden wir Dissonanzen und alternative Erklärungsansätze aus (Maik Fielitz, BAG „Gegen Hass im Netz“). Dadurch wird die Welt zwar weniger anstrengend, aber wenn Diskurse abgeblockt werden, stagniert nicht nur die Neugier und der Wissensfortschritt, sondern ganze Bevölkerungsgruppen werden stigmatisiert.

Auch Michael Narberhaus (The Protopia Lab) betont, dass es statt des gegenwärtigen eigentlich wissenschaftsfeindlichen „follow the science“ Ansatzes, mehr Kontroversen und ständiges Hinterfragen von bestehendem Wissen braucht. Bettina Rollow (Organisationsentwicklerin) schlägt vor, weniger zwischen Information und Desinformation zu unterscheiden, sondern sich die folgende Frage zu stellen: „Welche Information inkludiert bzw. exkludiert wieviel Welt? Wo ist die meiste Komplexität beinhaltet?“.

Kollektives Sensemaking statt Streben nach der einen Wahrheit

Aus unseren Gesprächen ergeben sich eine Reihe von wichtigen Erkenntnissen in Bezug auf die Bekämpfung von Desinformation.

Begegnen wir Desinformation in der Logik, in der wir „falsche Informationen von bösen Desinformant*innen“ der „Wahrheit von guten Demokrat*innen“ gegenüberstellen, besteht die Gefahr, dass wir die gesellschaftliche Spaltung vergrößern. Sollten wir stattdessen neue Formen des Sensemaking entwickeln, die der Komplexität verschiedener Wahrheitsansprüche besser gerecht wird? Dieses Sensemaking auf einer übergeordneten Ebene geht damit einher, dass wir uns der eigenen blanken Flecken bewusst werden und sehen, was wir alles exkludieren. Es bezieht die eigenen strukturellen Privilegien mit ein und sieht, wo wir selbst zur Diskriminierung und Spaltung beitragen und somit Teil des Problems sind.

Diese Haltung ruht sich nicht auf einer epistemischen Sicherheit aus, in der „wir wissen, was richtig und falsch ist“, sondern akzeptiert, dass wir viele Dinge noch nicht wissen und es durchaus legitim ist, auf der Basis anderer Lebenserfahrungen zu anderen Schlüssen zu kommen. Mit Hilfe dieser Haltung treffen wir Entscheidungen aufgrund von Wahrscheinlichkeiten und sind flexibel in der Lage, diese zu verändern, wenn bessere Informationen zu Tage treten. Somit bleiben wir bemüht, Informationen in ihrem größeren Kontext zu verstehen und die eigene Perspektive transparent und explizit zu machen.

Ein systemisch informierter Ansatz würde Desinformation zum einen mit verschiedenen direkten Ansätzen begegnen (s. dazu Kapitel Ansätze gegen Desinformation), zugleich aber auch auf die größeren Ursachen eingehen und systematisch Maßnahmen unterstützen, die der gesellschaftlichen Fragmentierung als solche entgegen wirken. Wenn wir uns der Wertschöpfungskette und der systemischen Faktoren rund um Desinformation bewusst werden, werden ganz andere Möglichkeitsräume geöffnet (Laura Krause, More in Common).

In unseren Gesprächen wurden große gesellschaftliche Fragen thematisiert, die es anhand des Phänomens Desinformation zu klären gilt: Wie können wir für mehr Sicherheit im inneren Erleben der Menschen sorgen und Vertrauen in den gesellschaftlichen Raum

“Begegnen wir Desinformation in der Logik, in der wir „falsche Informationen von bösen Desinformant*innen“ der „Wahrheit von guten Demokrat*innen“ gegenüberstellen, besteht die Gefahr, dass wir die gesellschaftliche Spaltung vergrößern.”

zurückgewinnen? Prekären wirtschaftlichen Verhältnissen und zunehmender Ungleichheit können wir durch neue Einkommensabsicherungen wie z.B. einem Grundeinkommen entgegenwirken. Um Vertrauen in politische Institutionen zu steigern, bieten sich Maßnahmen an, die die demokratische Substanz stärken, z.B. durch mehr Transparenz, Lobbykontrolle und Bürger*innen-Beteiligungsverfahren. Grundsätzlich geht es bei der ganzheitlich-systemischen Perspektive darum, konkrete Maßnahmen gegen Desinformation in ihrem größeren Wirkungszusammenhang zu sehen und neue Wege aufzuzeigen, wie wir mehr Beziehung und Gemeinsamkeiten zwischen Menschen und Gruppen herstellen können.

6. Ein Blick aus der psychodynamischen Perspektive

Um Desinformation ganzheitlich zu verstehen, müssen wir psychologische Faktoren mit einbeziehen. „Wir denken, wir reden über Fakten, aber eigentlich sprechen wir über Emotionen“ (Laura Krause, More in Common).

Alle Menschen sind bis zu einem gewissen Grad anfällig für Desinformation: „Informationsverarbeitung ist nicht nur ein Bottom Up-Effekt, das Weltbild spielt immer mit rein. Wir alle verarbeiten die Welt mit unseren Erwartungen und verarbeiten Welt mit Verzerrung.“ (Pia Lamberty, CeMAS)

Psychodynamische Muster helfen uns, Fragen wie diese zu beantworten: Wieso produzieren und streuen Menschen bewusst falsche Informationen? Wieso identifizieren Menschen sich so mit bestimmten Informationen, dass sie bereit sind, regelrechte Informationskriege zu führen? Wieso nehmen Menschen die Welt nur in kleinen Ausschnitten wahr und blenden so viele andere Perspektiven aus?

Viele der Meso- und Makro-Trends, die wir exemplarisch aufführen, beziehen sich auf psychologische Prozesse. Dabei spielen insbesondere die verschiedensten Traumaerfahrungen eine wichtige Rolle. Unter dem Begriff Trauma verstehen wir (u.a. nach Peter Levine, amerikanischer Psychotraumatologe, Biophysiker und Psychologe) die bleibenden Folgen eines überwältigenden Ereignisses, welches das autonome Nervensystem nicht adäquat verarbeiten (d.h. durch sich durchlaufen lassen) konnte. Stattdessen bleibt der überwältigende Impuls im Nervensystem als gefrorene Erregung stecken. In diesem Bereich verliert der Mensch seine Resonanzfähigkeit und kann mit der Außenwelt nicht mehr dynamisch mitschwingen.

Die moderne Traumaforschung geht davon aus, dass jeder Mensch Traumatisierungen in unterschiedlicher Ausprägung in sich trägt, denn viele Erfahrungen sind für das Nervensystem überwältigend. Neben individuellen Traumatisierungen wie Gewalt- oder Mißbrauchserlebnissen, zählen dazu kollektive Katastrophen wie Kriege und Völkermorde, strukturelle Diskriminierung durch Kolonialismus, Sklaverei und Rassismus, aber auch die Entwertung großer Bevölkerungsgruppen nach historischen Umbrüchen oder in Folge von rapidem technologischen Wandel am Arbeitsplatz.

„Trauma ist eine Störung der Stressverarbeitung und damit auch eine Störung der Informationsverarbeitung“, beschreibt es Sucha Gesine Wolters (Erziehungswissenschaftlerin und Traumatherapeutin). In den Bereichen, in denen wir traumatisiert sind, sehen wir die Gegenwart nicht, wie sie jetzt gerade ist, sondern interpretieren sie durch den starren Filter der Vergangenheit, so wie sie zum damaligen Ereignis passt. Trauma ist ursprünglich eine gesunde Schutzfunktion des Nervensystems, um ein Mindestmaß an seelischer Gesundheit aufrecht zu erhalten. Ungeheilte Traumastrukturen verhindern jedoch, dass Menschen sich auf Neues einlassen. Haben sie die Wahl zwischen einer neuen Information und dem Vertrauten, wählen sie letzteres, da es ihnen Sicherheit und Orientierung gibt.

Wenn Menschen Diversität und Differenzierung nicht verarbeiten können, weil sie sich nur sicher fühlen, wenn das Leben eindimensional und beherrschbar erscheint, wird es schwer, die Welt multiperspektivisch zu sehen, d.h. die verschiedenen Mindsets, Bedürfnisse und Interessen von anderen Menschen gleichberechtigt wahrzunehmen. „Nur wenige Menschen“, so Bettina Rollow (Organisationsentwicklerin), „können unterschiedliche Perspektiven gleichberechtigt in sich auftauchen lassen. Die Spannung, die dann in ihnen entsteht, entladen sie, indem sie sich abgrenzen und andere abwerten.“ Gerade stark traumatisierte Menschen ängstigen sich vor Übergriffigkeit und stehen Autoritäten oft sehr misstrauisch gegenüber. Eindeutige Narrative, die eine klare Identität anbieten, stellen die gefährdete Sicherheit wieder her. So sind beispielsweise Verschwörungsmythen weniger eine Frage der Informationsverarbeitung, sondern vielmehr ein Identitätsangebot (Pia Lamberty, CeMAS).

In der Metaperspektive mehr Komplexität halten

Trauma erzeugt Trennung: zwischen Kopf und Körper, mir und anderen, Mensch und Umwelt. Es bewirkt, dass wir die Welt sehr mental wahrnehmen und unsere gefühlte Verbindung zu ihr verloren haben. Wenn wir die Welt körperlich, emotional und mental fühlen würden, so Thomas Hübl (moderner Mystiker und spiritueller Lehrer), würden wir ein viel größeres Sicherheitsempfinden haben und einen wesentlich klareren Sinn dafür, welche Informationen richtig sind und wo wir manipuliert werden sollen.

Eine psychodynamische Perspektive auf Desinformation ist nicht nur für das Verständnis von Spaltung und Desinformation wichtig, sondern auch für präventive und heilende Maßnahmen. Thomas Hübl betont, dass Akteur*innen, die gegen Desinformation antreten, sich über ihre eigene Motivation klar werden müssen. „Wenn ich gegen Desinformation angehe, weil mich bestimmte Informationen und Weltansichten selbst verunsichern und ich Sicherheit daraus beziehe, dass ich „richtig“ und die anderen „falsch“ sind, dann trifft die psychologische Not des einen auf die psychologische Not des anderen und wir schaukeln uns gegenseitig hoch und vertiefen den Graben“. Gelingt es mir stattdessen, eine größere Perspektive einzunehmen, in der andere Menschen mit ihren jeweils eigenen Werten und Bedürfnissen auftauchen, in der sich Werte von meinen unterscheiden dürfen und in der mein eigenes Sicherheitsgefühl nicht davon abhängig ist, dass Du und Ich gleich sind entsteht ein neuer Lösungsraum. In diesem dreht es sich, so Hanno Burmester (Unlearn), nicht zuerst um Sachthemen, denn die führen in hochgradig polarisierten Themenfeldern meist sowieso zu keinem Ergebnis. Stattdessen können wir uns als Menschen begegnen und uns gegenseitig die Würde zuerkennen, die im hitzigen Debattenklima zu leicht abhanden kommt. Auf der Basis neuer menschlicher Beziehungen können wir verschiedene Dinge gleichzeitig tun: Wir können für die eigenen Überzeugungen eintreten und anderen klare Grenzen setzen und zugleich im Kontakt mit ihnen gemeinsame Zukunftsbilder entwickeln.

Wenn wir davon ausgehen, dass Menschen Desinformation und fragmentierende Kommunikationsstile weniger deshalb praktizieren, weil sie von ihrer Richtigkeit überzeugt sind, sondern weil sie ihnen Gefühle von Sicherheit und Zugehörigkeit geben, dann müssen wir die Räume, in denen wir mit ihnen in Kontakt treten, dementsprechend gestalten. Wir müssen vor allem einen sicheren Raum schaffen, in dem die Produzent*in/Empfänger*in von Desinformation die innere Spannung regulieren kann und sich anerkannt und gesehen fühlt, denn nur in solchen Settings können Menschen eine freie Wahl treffen. Nur in solchen Räumen, die zudem langsamer und ruhiger sind als unser Alltagstempo, können Menschen ein „Immunsystem entwickeln, das sie davor schützt selbst zu manipulieren oder manipuliert zu werden“ (Sucha Gesine Wolters, Erziehungswissenschaftlerin und Traumatherapeutin).

Um die Widerstandsfähigkeit gegenüber Desinformation zu stärken, müssen wir, so unsere Interviewpartner*innen, eine neue Diskurskultur entwickeln. Eliten können dem ihnen von breiten Bevölkerungsgruppen entgegen gebrachten Misstrauen nur dadurch begegnen, dass sie sich ihrer eigenen Rolle selbstkritisch stellen. Denn auch wenn einige

Desinformationen irrlüchtig sein mögen, so ist unsere Geschichte voller Vertrauensbrüche, politischer Fehlentscheidungen, materieller Gier und großangelegter Manipulationsversuche (Hanno Burmester, Unlearn). Eine neue Form von Sensemaking kann uns helfen, diese Machtmissbräuche öffentlich aufzuarbeiten und dabei auch ein Prozessbewusstsein für die Rolle von kollektiven Traumatisierungen zu entwickeln. Unsere Gesprächspartner*innen betonen den Bedarf nach einer neuen Diskurskultur in Politik und Wirtschaft, die offener, verletzlicher und kooperativer ist als der auf Konkurrenz basierende Status Quo. Hierzu gehört auch eine offene Debatte darüber, welche Maßnahmen wir brauchen, damit Menschen inmitten der exponentiellen Veränderungen, insbesondere getrieben durch digitale Technologien, ihre psychologische Sicherheit und Orientierung finden können.

Mehr Komplexität begegnen durch mehr Kollaboration

So komplex das Phänomen Desinformation ist, so komplex wird auch eine effektive Lösungsstrategie aussehen müssen. Dass die Probleme unserer Zeit nicht im Silo gelöst werden können, ist allgemein bekannt. Die Interdisziplinarität von Ansätzen, der Austausch zwischen Sektoren – all dies sind Forderungen, die es unbedingt auch abseits der Theorie braucht.

In unseren Gesprächen wurde stets betont, dass dafür alle an einen Tisch geholt werden müssten – von Justiz, Exekutive, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Wissenschaftler*innen unterschiedlicher Disziplinen, Plattform-Unternehmen und journalistischen Interessenvertreter*innen sowie von Desinformation Betroffene – gerade sie können aufgrund ihrer leidlichen Erfahrungen als wichtiger Orientierungspunkt fürs Lernen dienen. Ebenso sei die Zusammenarbeit mit Grundrechts- und Anti-Diskriminierungsfachleuten wichtig, genauso wie die mit Medienpädagog*innen, die Konzepte später auch umsetzen müssen. Auch die Einbeziehung gesellschaftlicher Diskurse wurde betont, um zu vermeiden, dass Methoden am Ziel vorbei arbeiten (Pia Lamberty, CeMAS). Andererseits wurde etwas ernüchternd festgestellt: „Es sitzen quasi alle am Tisch, es passiert nur nichts.“ (Maik Fielitz, BAG „Gegen Hass im Netz“). Ferner stellte Matthias Spielkamp (Algorithm Watch) heraus, es sei für ihn wenig vorstellbar, dass es eine Gruppe von Akteur*innen gebe, die das Thema effektiv bearbeiten könne – also so, dass sie zu einer maßgeblichen Veränderung führe. Einen notwendigen gesamtgesellschaftlichen Ansatz betonten auch die Plattformvertreter*innen (Twitter und meta).

Es wird einerseits deutlich, dass die Bewusstwerdung im System der Desinformation ein erster wichtiger Schritt ist; so betonte Laura Krause (More in Common) den Erkenntnisgewinn der eigenen Position in der Wertschöpfungskette: „Wenn jede*r die Wertschöpfungskette und den eigenen Beitrag dazu kennt, dann ergeben sich viel deutlichere und tiefere Kooperationsmöglichkeiten, als wenn man nur ein Gefühl hat, irgendwie am selben Thema zu arbeiten“. Andererseits braucht es eine ganz neue Dimension an (Selbst-)Kenntnis, die vielmehr mit inneren Kompetenzen zu tun hat, und die eigene Fähigkeit zur Selbstreflexion mit einschließt (Bettina Rollow, Organisationsentwicklerin). Auch die Erkenntnisse der Traumaforschung müssen als Störung der Informationsverarbeitung stärker einbezogen und in ihren Konsequenzen anerkannt werden – nämlich, dass (kollektive) Traumaerfahrungen bzw. Traumafolgestörungen maßgeblich dafür verantwortlich sind, welcher (oftmals verkleinerte) Ausschnitt der Welt einem Menschen überhaupt noch zugänglich ist (Sucha Gesine Wolters, Erziehungswissenschaftlerin und Traumatherapeutin). Wichtig sei vor allem, dass Ansätze ideologieübergreifend gestaltet sind (Michael Narberhaus, The Protopia Lab), und wir jenseits des eschatologischen Narrativs von „Wir gute Demokrat*innen“ und „Die bösen Desinformant*innen“ (Hanno Burmester, Unlearn) ins Arbeiten kommen. Solche Vorhaben müssen koordiniert, gebündelt und evaluiert werden, um langfristig effektiv gegen Desinformation wirken zu können.

Handlungsempfehlungen

Unsere Betrachtung von Desinformation anhand einer **Wertschöpfungskette unter der Bezugnahme gesellschaftlicher Entwicklungslinien** (in Form von exemplarisch aufgeführten Makro- und Meso-Trends) verdeutlicht die Vielschichtigkeit des Themas. Die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Expertise-Gebieten hat gezeigt, dass jede Perspektive Problemlage und Lösungsansätze etwas anders einschätzt. Und genau darin liegt der wichtigste Ansatzpunkt: Desinformation kann nicht im Silo verstanden oder bearbeitet werden, sie muss holistisch betrachtet werden. **Anhand des Phänomens Desinformation können wir sehen, was in unserer Gesellschaft funktioniert und was nicht.** Desinformation ist dabei ein Symptom, sie einzudämmen gleicht der Symptombekämpfung. Diese ist natürlich *auch* notwendig, doch langfristig wichtiger ist die Ursachenforschung und Behebung der Problemlagen, die Desinformationen überhaupt einen fruchtbaren Boden bereiten. „Gegen“ Desinformation vorgehen heißt auch, ihre Funktionsweise und die Gründe dahinter zu verstehen, und im gemeinsamen Lernprozess Antworten auf Fragen zu finden, die die gesamte Gesellschaft betreffen. **Aus unserer Sicht ergeben sich drei Handlungsfelder:** Informationsökologie verbessern, Regulierung stärken und Handeln koordinieren. Innerhalb dieser drei Handlungsfelder haben wir mehrere Handlungsempfehlungen definiert.

Handlungsfeld 1: Informationsökologie verbessern

Eine gesunde Informationsökologie ist Voraussetzung für eine Demokratie in der digitalen Welt, in der freie Meinungsbildung wie -äußerung möglich und gesellschaftliche Räume von einem Miteinander geprägt sind. Dafür sind folgende Punkte relevant:

Faktencheck standardisieren

Um die Verbreitung von Desinformationen einzudämmen, ist die Richtigstellung eine wichtige Maßnahme. Doch **Faktencheck** wirft auch erhebliche Fragen der Legitimation auf: Wer darf Informationen nach welchen Standards auf ihren Wahrheitsgehalt hin prüfen? Wer finanziert das? Welche Informationen dürfen überhaupt Gegenstand eines Faktenchecks werden? Wie für Journalist*innen ist es auch für Faktenchecker*innen enorm wichtig, sich stets der eigenen ideologischen Brille bewusst zu sein, die den Blick auf die Welt prägt. Die **Auseinandersetzung mit eigenen psychologischen Biases** sollte für Menschen im Faktencheck – wie auch für journalistisch Tätige generell – in Form von **Qualifizierungsprogrammen** ermöglicht werden. Zudem gilt es, die Glaubwürdigkeit von Faktencheck durch Selbstregulierung zu wahren. Eine Art **Pressekodex für Faktencheck**, der Standards und Prozesse transparent darlegt und der öffentlichen Debatte unterzogen wird, kann dazu beitragen. Das ‘International Fact-Checking Networks’ (IFCN) des Poynter Institutes in den USA pflegt bereits ein Netzwerk aus Faktencheck-Organisationen, prüft und zeichnet sie mit einem Siegel aus – ein solches Vorgehen bräuchte es auch für Europa. Gleichzeitig gilt es, sich stets zu vergegenwärtigen, dass die Konfrontation mit Fakten sogar dazu beitragen kann, dass Menschen ihr bestehendes Weltbild verfestigen – dies wurde zum Beispiel im Bereich von Verschwörungsmythen festgestellt. Es gilt daher, die tatsächliche Wirkung des Faktenchecks tiefergehender zu erforschen, um zu verstehen, wann und wie er mit einer positiven Wirkung eingesetzt werden kann. Eine Lösung kann im **Ausbau von Prebunking-Angeboten** bestehen, welche Menschen durch das Aufklären von Desinformations-Strategien oder die beispielhafte Konfrontation mit Desinformation gegen den realen Fall zu „impfen“ versucht. Ein Gütesiegel für journalistische Inhalte, wie sie die Journalism Trust Initiative gerade plant, hätte das Potential, auch tendenziöse Berichterstattung einzudämmen.

Journalismus stärken

Ein wichtiger Faktor zur Verbesserung der Informationsökologie ist gut recherchierter Journalismus. Dieser muss gestärkt werden. Angesichts der immer schwierigeren **Finanzierung** wird die Frage, was Journalismus leisten kann, häufig durch die zur Verfügung stehenden Ressourcen entschieden. Für eine bessere Finanzierung müssen wir neue Wege gehen. Da Deutschland anders als die USA weniger auf private Förderung setzt, darf auch eine **staatliche Förderung** kein Tabu mehr sein, solange Staatsferne, z.B. durch Stiftungsmodelle, sichergestellt ist. Das sollte mit einer **Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks** einhergehen, die insbesondere die Nachrichten- und Informationsangebote offline, vor allem aber online stärkt. Schließlich brauchen wir mehr Schulungen in Digital- und Sicherheitsthemen, bei denen z.B. auch Funktionsweisen von Algorithmen und die Verbreitungsmechanismen von Desinformation thematisiert werden.

Initiativen wie die **Journalism Trust Initiative** können ein wichtiger Baustein sein. Dabei handelt es sich um eine Initiative, die unter der Federführung von Reporter ohne Grenzen eine Art Qualitätssiegel für Medien erteilt, wenn diese sich einer Prüfung unterwerfen. Angeschaut werden dabei u.a. Eigentümerschaft, Finanzierungsquellen und vor allem Redaktionsprozesse. Sichergestellt werden soll so auch, dass journalistische Texte nicht neben Verschwörungsmythen landen.

Kompetenzen auf unterschiedlichen Ebenen aufbauen

Um sich heutzutage in der Flut an Informationen zurechtzufinden und eine informierte Meinung bilden zu können, bedarf es **Nachrichtenkompetenz** und der Fähigkeit, sich zu wissenschaftlichen Fakten zu verhalten (**Methodenkompetenz**). Dazu müssen wir uns mit der Frage beschäftigen, wie entsprechende Kompetenzen vermittelt werden können und wie weit Kompetenzvermittlung überhaupt reichen kann. Häufig wird der abstrakte Verweis auf „mehr Medienkompetenz“ genutzt, um an anderer Stelle nicht tätig werden zu müssen.

Nachrichten- und Methodenkompetenz müssen in einer Wissensgesellschaft für alle Teile der Gesellschaft zugänglich sein. Am einfachsten können dabei Kinder und junge Erwachsene erreicht werden. Eine ernstgemeinte Verankerung in der Lehramtsausbildung und im Lehrplan sollten das Thema an Schulen verstärken, dazu gehören dann aber auch verpflichtende Fortbildungsangebote für Lehrer*innen. Fast wichtiger ist es, auch Erwachsene aller Altersstufen zu erreichen. Flächendeckende Angebote für Erwachsene sollten in jeglichen Fortbildungsangeboten und insbesondere im betrieblichen Bereich vorhanden sein. Ihre Nutzung müsste mindestens mit Anreizen belohnt, wenn nicht gar im Rahmen der betrieblichen Weiterbildung verpflichtend sein.

Navigation in einer komplexen Welt bedarf nicht nur technisch erlernbarer Methoden im Umgang mit Information, sondern vielmehr einem **neuen Set von inneren Kompetenzen**: Diese beinhalten **Selbstreflexion** und die Möglichkeit, die eigene Meinung und die eigene ideologische Prägung zu hinterfragen, sowie innere Spannungen auszuhalten. Die eigene verzerrte Weltwahrnehmung (kognitive Biases) zu kennen, kann auch dabei helfen zu bemerken, wo andere versuchen etwa durch Emotionalisierung zu manipulieren. Das Erlernen von **Multiperspektivität** bedeutet, gleichzeitig unterschiedliche Perspektiven wahrnehmen und aushalten zu können, ohne diese abzuwerten. **Kollaboration** stärkt im Aushandeln unterschiedlicher Perspektiven auf die Welt und befähigt, auch in der Unterschiedlichkeit zu kollektiven Entscheidungen zu gelangen. Neue Formen von kollektivem „Sensemaking“ sollen eine Gesellschaft langfristig befähigen, statt des Festhaltens an epistemisch angenommener Sicherheit (die immer nur eine Momentaufnahme ist) eine **Kultur der Akzeptanz des Nicht-Wissens** zu etablieren.

Für die Ausbildung solcher Kompetenzen sind **Programme** notwendig, die neben der Vermittlung von Wissen auch das **Kennenlernen** und **Erfahren des eigenen Ichs** **fazilitieren** – die Methoden rund um Theory U des MIT-Professors Otto Scharmer²¹ liefern dazu einen guten Ausgangspunkt.

Gesellschaftliche Resilienz stärken

Um kollektive Entscheidungen zu ermöglichen, müssen **neue gesellschaftliche Gesprächsräume** eröffnet werden, in denen nicht nur Sachthemen verhandelt werden, sondern die **Beziehungsebene** zentraler Gegenstand der **Begegnung** wird. Auf der Beziehungsebene ist es auch wichtig, sich den kollektiven Verletzungen zu widmen, die unsere Kultur maßgeblich geprägt haben und zu „Othering“ und Ausgrenzungen beigetragen haben. Denn diese Verletzungen bewirken, dass wir die gleichen Muster, die wir eigentlich bekämpfen wollen, weitertragen und nochmals vertiefen. Meinungsstreit soll weiter zentraler Anker einer Demokratie bleiben, jedoch sollten die Menschen dahinter mit ihren Ängsten, Hoffnungen und Zukunftswünschen ins Zentrum der Aushandlung rücken. Erst wenn diese ausgesprochen und gesehen werden, lässt sich gemeinsam produktiv über Zukunft nachdenken. Solche **Zukunftsprozesse** müssen so gestaltet sein, dass Menschen unterschiedlichster Herkunft und ideologischer Perspektive gemeinsam über die Gestaltung von Gesellschaft nachdenken.

Handlungsfeld 2: Regulierung stärken

Demokratie funktioniert nur, wenn sie wehrhaft ist. Dabei kommt dem Schutz der Meinungsfreiheit große Bedeutung zu, aber auch die Meinungsfreiheit kennt Schranken. Das gilt insbesondere im Hinblick auf Desinformation, denn falsche Tatsachenbehauptungen sind nicht geschützt. Hier gilt es, wirksamere Maßnahmen zu ergreifen. Ein erster wichtiger Schritt ist es, **Propaganda** und Desinformation auch so zu nennen. Propaganda ist nicht dasselbe wie unabhängiger Journalismus und sollte daher auch nicht den gleichen Schutz genießen. Die Diskussion um das russische Angebot RT illustriert das Thema eindrucksvoll. Außerdem sollte die **journalistische Sorgfalt** gestärkt und Abweichungen stärker sanktioniert werden. **Medienplattformen und -intermediäre** sollten stärker reguliert werden, denn in einer demokratischen Gesellschaft sollte der Gesetzgeber wichtige Entscheidungen selbst treffen. Das betrifft vor allem die fünf Bereiche:

Transparenz stärken

Transparenz scheint das neue Cool. Echte Transparenz wird nur durch relevante, unmittelbar verfügbare Informationen über falsche Informationen und über die algorithmische Auswahl erreicht.

Alle Versuche der Manipulation sollten verboten werden und zu Sperrungen von Inhalten führen. Auch hier sind in erster Linie die Plattformen in der Pflicht. Ob sie dieser Pflicht nachkommen, sollte aber überwacht werden.

Plattformdesign anpassen

Stimmt es tatsächlich, dass bei manchen Anbietern vor allem polarisierender Content belohnt wird? Wollen wir das? Auch hier sollte der Gesetzgeber zumindest grobe Leitlinien vorgeben. Ziel muss es zudem sein, ein faires und nutzer*innenfreundliches Design zu schaffen, das Wahlmöglichkeiten bietet.

²¹ Otto Scharmer macht seine Forschungsergebnisse durch das [Presencing Institute](https://www.presencinginstitute.org/) erfahrbar und begleitet Organisationen und Gemeinschaften auf dem Weg zur sozialen Transformation.

Auffindbarkeit von Public Value Angeboten verbessern

In der Flut der Angebote ist es manchmal nicht einfach zu erkennen, ob ein Absender vertrauenswürdig ist. Und nicht immer sind vertrauenswürdige Angebote leicht auffindbar. Warum nicht Angebote, die über ein Qualitätssiegel verfügen, leichter auffindbar machen?

Politische Werbung in sozialen Medien begrenzen

Auch politische Werbung kann Desinformation enthalten, wie etwa die Brexit-Kampagnen gezeigt haben. Anders als bspw. eine Joghurtwerbung ist politische Werbung in sozialen Medien nicht reguliert. Google, Meta, Twitter und Co. gehen - auch abhängig vom Geschäftsmodell – sehr unterschiedlich damit um. Hier sollte der Gesetzgeber Standards vorgeben.

Regulierung ist nur so gut, wie ihre **Durchsetzung**. Wir brauchen schnellere, effizientere Verfahren, einen privilegierten Zugang zu Daten und insgesamt deutlich mehr Ressourcen. Für die Forschung, für die Durchsetzung und für die gerichtliche Überprüfung.

Handlungsfeld 3: Handeln koordinieren

Um die Entstehung und die Folgen von Desinformation wirksam zu bearbeiten, braucht es ein koordiniertes Vorgehen, welches die **Verortung im Feld und einen vernetzten, ganzheitlichen Ansatz** im Vorgehen ermöglicht und es dabei schafft, aus einer übergeordneten Perspektive auf das Feld zu schauen. Ein solches Vorgehen wäre in Form einer **Allianz** realisierbar, die aus unterschiedlichen Stakeholdern besteht, sich verschiedener Konzepte bedient und diese weiter erprobt. Internationale Vorreiter*in für eine solche Allianz ist das Konzept von Crisis Action²², welches im Opt In-Verfahren situationsbedingt eine Koalition baut, die dann gemeinsam ein spezifisches Advocacy-Vorhaben treibt. Die Allianz bleibt dabei stets im Hintergrund und läuft daher nicht Gefahr, eine eigene institutionelle Agenda in den Vordergrund zu stellen. So können völlig neue Netzwerke gebaut werden, die Akteur*innen jenseits der üblichen Beteiligten zusammenbringen.

Aus unserer Erfahrung, die wir bereits im Akteurscluster des betterplace co:labs gemacht haben, **benötigt diese Arbeit** neben den o.g. Kompetenzen auch eine **bestimmte Haltung**. Essentiell für eine solche gemeinschaftliche Arbeit ist die Bereitschaft, die eigenen Grundannahmen – mit denen man sich beteiligt und die die eigene Arbeit (mal explizit, mal implizit) leiten – offenzulegen, diese stets zu hinterfragen und ggf. zu korrigieren. Die Menschen, die hier zusammenkommen, sind bereit, sich selbst und die Zusammenarbeit in der Gruppe zu reflektieren und sich gegenseitig auf blanke Flecken gewaltfrei hinzuweisen. Dies braucht von allen Beteiligten den Willen, die eigene Perspektive nicht als allein richtige zu verabsolutieren, sondern andere wahrzunehmen und anzuerkennen. Gerade im gemeinsamen Tun braucht es **co-kreatives Handeln**, welches über das transaktionale Handeln („Ich gebe Dir etwas, du gibst mir etwas“) hinausgeht und gemeinsam etwas gänzlich Neues entwickelt. Das kann mitunter bedeuten, sich von der eigenen institutionellen Agenda zumindest teilweise zu lösen. Dies wiederum verlangt innere Stabilität und die Fähigkeit, Spannungen und Unsicherheit auszuhalten.

Die **Ausbildung innerer Kompetenzen sowie von Kompetenzen im Umgang miteinander** stellt für die Arbeit in diesem komplexen Feld einen Flaschenhals dar und einen Punkt, auf den wir uns zu Beginn, während der Arbeit und in der Rückschau immer wieder besinnen sollten.

²² CrisisAction.org: [Creative Coalitions. A Handbook for Change](#), von Nick Martlew.

Die befragten Expert*innen

Um einen umfassenden Blick auf das Thema zu erhalten, haben wir verschiedene Themenbereiche identifiziert. Innerhalb dieser Bereiche haben wir über unsere Netzwerke Interviewpartner*innen angefragt und Gespräche geführt mit:

Bereich Plattformen

- Matthias Spielkamp, Gründer und Geschäftsführer, AlgorithmWatch
- Sabine Frank, Head of Government Affairs & Public Policy YouTube DACH/CEE
- Twitter Deutschland
- Johannes Baldauf, Public Policy Manager bei Meta

Bereich Nachrichtenkompetenz

- Fabian Wörz, Medienpädagogischer Referent, JFF – Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis
- Prof. Dr. Lutz M. Hagen, Professur für Wirtschafts- und Politikkommunikation an der TU Dresden
- Lars Thies, bis Nov. 2021 Leiter des Thinktanks der Vodafone Stiftung Deutschland gGmbH

Bereich Regulierung

- Julian Jaursch, Stiftung Neue Verantwortung (SNV)
- Daniel Moßbrucker, Journalist und Trainer für digitale Sicherheit
- Dr. Tobias Schmid, Direktor LFM NRW
- Prof. Dr. Wolfgang Schulz, Direktor Leibniz-Institut für Medienforschung, Hans-Bredow-Institut

Bereich Fact-Checking

- Max Biederbeck, Ressortleiter AFP-Faktencheck in Deutschland
- Janina Lückoff, Teamlead BR Faktenfuchs
- Anonym, Faktencheck Organisation in Deutschland

Bereich systemische Perspektive

- Laura Krause, Geschäftsführerin More in Common
- Hanno Burmester, Organisationsentwickler und Gründer Unlearn
- Michael Narberhaus, Gründer The Protopia Lab
- Oliver Wiedemann, Leiter des Berliner Büros Mehr Demokratie

Bereich psychodynamische Perspektive

- Bettina Rollow, Organisationsentwicklerin
- Maik Fielitz, Co-Leiter der Forschungsstelle in der BAG „Gegen Hass im Netz“
- Sucha Gesina Wolters, Erziehungswissenschaftlerin und Traumatherapeutin
- Thomas Hübl, moderner Mystiker und spiritueller Lehrer
- Pia Lamberty, Sozialpsychologin und Geschäftsführung CeMAS

Bereich Betroffenenperspektive

- Norman Volger, Politik- und Medienwissenschaftler
- ichbinhier e.V.
- Claudia Otte, Betroffenenberaterin HateAid gGmbH

Bereich Wissenschaft & Analyse

- Dr. Annett Heft, Leiterin Forschungsgruppe Digitalisierung und transnationale Öffentlichkeit, Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft und Freie Universität Berlin
- Fiete Stegers, Wissenschaftlicher Mitarbeiter HAW Hamburg, Mitwirken an der #UseTheNews Studie von der dpa
- Alexander Sängerlaub, Direktor und Co-Gründer von futur eins
- Dr. Lena Frischlich, Psychologin, Universität Münster und Propagandaforscherin

Im Anschluss an die Interviews hatten wir die Expert*innen gebeten, folgende fünf Fragen schriftlich zu beantworten:

- 1) Was ist der für Dich wichtigste Ansatz gegen Desinformation?
- 2) Welche technische Entwicklung wäre ein wichtiger Schritt gegen Desinformation? Was ist die Rolle der Plattformen und gibt es neue technische Ansätze?
- 3) Welche regulatorischen Vorgaben brauchen wir, um Desinformation wirksam zu bekämpfen?
- 4) Was ist für Dich die wichtigste Aufgabe in den Bereichen Nachrichten-Kompetenz und/oder Methoden-Kompetenz (z.B. Wissenschafts-Kompetenz) und wie können wir Menschen damit erreichen?
- 5) Wie sollten Akteur*innen künftig zusammenarbeiten, um das Thema effektiver zu bearbeiten? Wer muss unbedingt mit am Tisch sitzen?

Die Antworten sind in [dieser Tabelle](#) einsehbar.

Ein Projekt des



Im Rahmen des

Kompetenznetzwerk
gegen

Hass im Netz

Diese Publikation ist eine Kollaboration von:

Autor*innen:

Joana Breidenbach, Katja Jäger,
Anja Zimmer, Valerie Scholz, Aline Mörrath, Isabel Reda

Redaktion:

Valerie Scholz (Facts For Friends)

Schlussredaktion:

Barbara Djassi (betterplace lab)

Layout:

Kristin Marosi und Henning Trenkamp (codetekt)

Projektkoordination:

Katja Jäger (betterplace lab)

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie leben!

STIFTUNG
MERCATOR

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ, des BAFzA oder der Stiftung Mercator dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.